

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis: pro Quartal M. 1.50 (ohne Bestellgeld),
bei Aufhebung unter Kreuzband M. 1.90.

Erausgeber: Joh. Stanningh, veranw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seitenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile ober deren Raum 30 4.

Beitragszahlung! Die Verbandsmitglieder werden dringend gebeten, den Rest der dies-jährigen Verbandsbeiträge bis Ende November voll zu bezahlen.

Inhalt: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Tarifverträge. — Politische Umwälzung. — Arbeiterbewegung: Streiks, Ausbesserungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bericht. Verbot der Reform der Arbeitsarbeit? Amerikanische Arbeiterverhältnisse. — Central-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkündigung, Submissionen. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Die längste Brücke in Eisen-Beton.

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

I.

Die Frage der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, über die der Reichstag demnächst auf Grund einer Vorlage der verbündeten Regierungen und mehrerer aus dem Hause gestellter Anträge legislativ entscheiden soll, hat eine nahezu oierzehnjährige Geschichte. Bereits in die Erörterung betreffend die gesetzliche Sanction des Koalitionsrechtes, spielte sie hinein. Die erste parlamentarische Anregung, die privatrechtliche Stellung der Vereine zu regeln, kam Anfang Januar des Jahres 1869 im preussischen Abgeordnetenhaus von Schulze-Delitsch. Einige Monate später (Mai 1869) brachte dieser Führer der Fortschrittspartei einen entsprechenden Antrag im Norddeutschen Reichstage ein. Der Antrag gelangte unter dreimaliger Beratung auf Grund eines ausführlichen Kommissionsberichts zur Annahme. Der Bundesrat aber erledigte ihn nicht. In der vom Norddeutschen Reichstage beschlossenen Fassung wurde er im Frühjahr 1871 dem Deutschen Reichstage wieder vorgelegt. Er erfuhr hier eine einmalige Verhandlung; seine Erledigung wurde durch die parlamentarische Geschäftslage unmöglich gemacht. Als er im Jahre 1872 wiederkehrte, wurden, was vorher nicht der Fall gewesen, schwere Bedenken gegen ihn von Seiten der Regierung sowie der Nationalliberalen und Konservativen geltend gemacht. Man wies hin auf die wachsende gewerkschaftliche Organisation und Betätigung der Arbeiter, die „immer mehr ins sozialdemokratische Fahrwasser gerate“, und sprach die Befürchtung aus, daß die Gewerkschaften durch die öffentlich-rechtliche Vereinsversicherung und ihre damit gegebene grundsätzliche Anerkennung eine erhebliche Stärkung erfahren würden. Der nationalliberale Abgeordnete Lascher bezeichnete das Streben der Arbeiterorganisation, „Geldmittel zum Krieg gegen das Unternehmertum“ aufzubringen, als ein „sehr gefährliches“, weshalb der Staat es sich wohl überlegen müßte, solchen Organisationen Korporationsrechte zu verleihen. Die von den Nationalliberalen beehrte Kommission, an die der Entwurf ging, ließ sich von dieser Erwägung leiten und schlug vor, daß die Rechtsfähigkeit einem Gewerksverein nur dann eingeräumt werde, wenn in dem Statut desselben folgende Bestimmungen enthalten seien:

1. Daß vor dem Eintritt einer Aussperrung oder einer Arbeitseinstellung die zu gründe liegenden Streitpunkte einem Schiedsgericht überwiesen werden müssen;
2. daß der Verein eine Unterstützung nur dann gewähren darf, wenn das Schiedsgericht nach fruchtlosem Sühneveruch die Aussperrung oder die Arbeitseinstellung für nicht ungerechtfertigt erklärt;
3. in welcher Weise das Schiedsgericht zusammen-
gesetzt sein soll.

Vereine, die den Bestimmungen unter 1 und 2 zuwiderhandelten, sollten sofortiger Schließung verfallen, und die Vorstandsmitglieder sollten für „widerrechtlich“ gewährte Unterstützung solidarisch haftbar sein und außerdem Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten, in minder schweren Fällen Geldstrafe bis zu 200 Thalern zu gewärtigen haben. Das war ein direkt gegen die Arbeiterorganisation und das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichteter Vorstoß. Daß in dem Gesetz auch die Organisation der Unternehmer der Rechteinschränkung unterworfen wurde, geschah nur der „äußeren Symmetrie“ halber. Voraussetzung dabei war, daß die Unternehmer immer „das Recht auf ihrer Seite“ haben würden.

Vor das Plenum gelangten diese famosen Kommissionsbeschlüsse nicht. Dann ruhte die Frage über zehn Jahre. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren die Arbeiterorganisationen durchaus rechtlos, der polizeilichen und richterlichen Willkür unterworfen, völlig vogelfrei und zwar auch in vermögensrechtlicher Hinsicht. In jener Zeit machte die preussische Polizei ihre Versuche, die Gewerkschaften als „Versicherungsanstalten“ der Staatsaufsicht zu unterstellen. Die „rechtliche“ Bedingung dafür sollte in den Unterstützungsanstaltungen der Gewerkschaften (Streitunterstützung, Reiseunterstützung usw.) beruhen. Die Polizei konstruierte willkürlich eine „Unterstützungs-Versicherung“ daraus und damit die Gewerkschaften zu „Versicherungsanstalten“, die einer ministeriellen Genehmigung bedürfen und polizeilicher Kontrolle unterstehen. Einige Gewerkschaften gaben um ihrer Fortexistenz willen diesem unberechtigten Verlangen der Behörde nach. Die meisten aber weigerten sich, dieses zu tun und gaben ihren Statuten eine Fassung, nach welcher den Mitgliedern kein flagbares Recht auf die Unterstützung zustand. Trotzdem provozierte die Polizei in ganz Preußen eine endlose Reihe von Prozessen, die jedoch damit endeten, daß die Gewerkschaften obliegen.

Diese polizeilichen Attentate auf das Recht der Gewerkschaften trugen wesentlich dazu bei, die Frage der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine wieder in Fluß zu bringen. Wie früher schon, so beobachteten auch jetzt die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften eine kluge, kritische Zurückhaltung, so insbesondere auch gegenüber einem ausgearbeiteten Geszentwurf, den die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine im November 1885 dem Reichstage und dem Bundesrat vorlegten. Dieser Entwurf sollte die Rechtsfähigkeit der Gewerksvereine in ähnlicher Weise regeln bezw. beschränken, wie es der oben erwähnte Reichstagskommissionsvorschlag vom Jahre 1872 bejehrte. Es war in ihm u. a. die Bestimmung vorgegeben, daß die Unterstützungen unzulässig sind, wenn der Verein nicht statutarisch die Verpflichtung anerkennt, sich an den die Verpflung und Schlichtung von Streitigkeiten über Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckenden Schieds- und Einigungsämtern zu beteiligen und den Entscheidungen derselben zu unterwerfen. Mitglieder, die diesen Bestimmungen entgegenhandelten, sollten ausgeschlossen werden. Die Schließung eines Berufsvereins durch die höhere Verwaltungsbehörde sollte erfolgen können, wenn die Generalversammlung einen mit den Vorschriften des Gesetzes oder des Vereinsstatuts in Widerspruch stehenden Beschluß gefaßt hat und der Aufforderung der Aufsichtsbehörde, ihn zurück-

zunehmen, nicht entspricht. Das hieß, die Berufsvereine in erheblichem Maße der polizeilichen Bevormundung und Schikane unterwerfen.

Fünf Jahre später, 1890, in der Ära der kaiserlichen Erlasse, brachten die Freisinnigen einen ausgearbeiteten Geszentwurf ein, der im wesentlichen dem vorerwähnten entsprach, einmal im Plenum und sodann in einer Kommission beraten wurde, aber wegen Sessionsschlusses unerledigt blieb. Die damaligen Kommissionsbeschlüsse wurden dann in jeder der folgenden Sessionen von den Freisinnigen und nimmere auch vom Zentrum als selbständige Anträge eingebracht, seit Fertigstellung des Bürgerlichen Gesetzbuches jedoch mit erheblichen formellen Veränderungen um der Anpassung an dieses Gesetzbuch willen.

Tarifverträge.

I.

Die Erneuerung der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe und der Abschluß eines Organisationsvertrages zwischen den Vereinigungen der Buchdruckerhelfen und Buchdruckereibesitzern hat eine harte und heftige Kritik dieser Vereinbarungen in der sozialdemokratischen Presse ausgelöst. Wir wollen in diesem Artikel nicht unteruchen, ob und inwieweit diese Kritik sachlich berechtigt ist (wir werden in einem zweiten Artikel unsere Stellung zu dem Inhalt des Tarifs und dem Organisationsvertrag fund tun), das dürfen wir aber schon heute sagen, daß sie — ganz abgesehen von der flut ekelhaftester persönlicher Beschimpfungen — in manden parteigenössischen Zeitungen weit übers Ziel hinauschießt und voraussichtlich die unangenehme Folge haben wird, daß man in weiten Kreisen der Arbeiterchaft von den Tarifverträgen überhaupt in der wegwerfendsten Weise redet.

Wir haben schon oft Stellung genommen gegen den Ueberreifer von Kollegen, die den Tarifverträgen förmlich nachjagen und unter allen Umständen einen solchen Vertrag abschließen wollen; dennoch müssen wir immer wieder hervorheben, daß Tarifverträge eine logische Konsequenz gewerkschaftlicher Arbeit sind; ihre möglichst günstige Gestaltung ist ein Ziel dieser Arbeit. Das erhebliche Interesse, das die Arbeiter am Zustandekommen kollektiver Arbeitsverträge haben, ist gegeben mit der Tendenz des Kapitalismus, ihnen die Arbeitsbedingungen unter vorgeblicher „Würdigung und entsprechender Bezahlung der Leistungen jedes einzelnen“ willkürlich vorzuschreiben. Dieses System, das mit dem rechtlichen und sachlichen Begriff „Arbeitsvertrag“ unvereinbar ist, ermöglicht dem Unternehmertum, die Löhne niedrig zu halten, die Arbeitszeit über Gebühr auszudehnen, die Ausbeutung der Arbeitskraft möglichst intensiv und ergiebig zu betreiben, die Arbeiter zu wirtschaftlicher Ohnmacht zu verurteilen. Der so sich betätigenden wirtschaftlichen Uebermacht des Unternehmertums gegenüber kann die Interessen-Solidarität der Arbeiter nur durch den kollektiven Arbeitsvertrag, der eine starke, wohlhabendste gewerkschaftliche Arbeiterorganisation voraussetzt, zur Geltung gebracht werden.

Das erkannten die englischen Arbeiter bereits am Ende des 18. Jahrhunderts, als in ihrem Lande die Entwicklung der kapitalistischen Produktion scharf einsetzte und das Unternehmertum die Praktiken rücksichtsloser Ausbeutung und Verwüstung der Arbeitskraft zu entwerfen begann. Trotzdem ihnen Koalitionen und

Organisationen zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen durch drastische Gesetze verboten waren, organisierten sie sich, und zwar hauptsächlich zu dem Zweck, den kollektiven Arbeitsvertrag zu erkämpfen. Es ist von Wichtigkeit, zu beachten, daß damit die Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, die moderne Arbeiterbewegung, der Kampf zwischen Arbeit und Kapital als Klassenkampf einsetzt. Das erste Beispiel der Erringung eines der Interessen der Arbeiter berücksichtigenden kollektiven Arbeitsvertrages in der Form eines Tarifs für Stille Arbeit gaben im Jahre 1804 — zwanzig Jahre vor Aufhebung der Koalitionsverbote — die Edinburgher Schriftsetzer. Mit diesem auf eine Erhöhung des Arbeitseinkommens gerichteten Tarif sollten die gestiegenen Kosten des Lebensunterhaltes ausgeglichen werden. Diefem Beispiele nachzukommen, waren die Arbeiter anderer Gewerbe, so besonders die der Baumwollindustrie, bemüht. In stetig wachsendem Maße und mit immer stärkerer Energie richteten sie ihre Bestrebungen darauf, den kollektiven Arbeitsvertrag an die Stelle der Unternehmerwillkür zu setzen. Und der Erfolg blieb nicht aus; besonders nachdem im Jahre 1824 die Aufhebung der Koalitionsverbote erfolgt war, machte die Arbeiterorganisation in dieser Richtung immer bessere Fortschritte. In England bestanden bereits, auch im Baugewerbe, viele solcher Kollektivverträge, als in Deutschland noch kaum ein Arbeiter an diese Einrichtung dachte. Sie waren basiert auf dem Minimallohn oder doch auf dessen Begriff.

Bei uns in Deutschland trat das Bestreben, kollektive Arbeitsverträge zu Stande zu bringen, zum ersten Male im Jahre 1848 hervor. Eine Buchdrucker-Nationalversammlung in Mainz brachte einen Tarif und ein Schiedsgericht für sich daraus ergebende Streitigkeiten zwischen Gehülften und Prinzipalen in Vorschlag. Es dauerte aber noch zwei Jahrzehnte, bis wenigstens zunächst ein aus Gehülften und Prinzipalen gebildetes Schiedsgericht geschaffen werden konnte. Ein solches Schiedsgericht konstituierte sich 1870 als Tarifkommission. Ueber die von Gehülften einerseits und den Prinzipalen andererseits gemachten Vorschläge kam es zu heftigen Kämpfen zwischen beiden Teilen, deren große Bedeutung darin zu sehen ist, daß es sich zum ersten Male in Deutschland um die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages handelte. Im Jahre 1873 wurde dann diese Anerkennung und mit ihr eine Verständigung über einen Normaltarif für das Buchdruckergewerbe auf der Grundlage eines Minimallohnes und einer einheitlichen Arbeitszeit erreicht.

Erst im Verlaufe der letzten Jahrzehnte sind die Arbeiter anderer Berufe, dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation, unter harten Kämpfen zum Abschluß von Tarifverträgen mit dem Unternehmertum gelangt. Weit aus der größte Teil unserer Unternehmer, besonders der Zell-, der in den Organisationen der Großindustriellen sich betätigt für das Arbeiterentum: Prinzipal, für die uneingeschränkte „Autorität“ des sogenannten „Brotgebers“, will freilich vom kollektiven

Arbeitsvertrag immer noch nichts wissen. Denn dieser Vertrag setzt ja, abgesehen von den sonstigen Sonderinteressen-Erwägungen, die das Unternehmertum gegen ihn einwendet, die Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichberechtigten vertragschließenden Faktor voraus. Und dieser Anerkennung widerstreben die „Arbeitsherrn“ mit allen Mitteln verheerender und terroristischer Taktik fanatisch. Nichtsdestoweniger hat das Tarifsgemeinschaftswesen eine Entwicklung genommen, die zu Anfang der neunziger Jahre wohl noch niemand vorausgesehen hat. Die Zahl der in Deutschland gegenwärtig bestehenden Tarifverträge ist mindestens auf 4000 zu schätzen, wozu nach der von der Generalkommission der Gewerkschaften kürzlich veröffentlichten Statistik 1507, durch die 257 791 Arbeiter und Arbeiterinnen kollektive Arbeitsverhältnisse erlangten, im Jahre 1905 abgeschlossen wurden. Auf das Baugewerbe entfallen von letzteren Verträgen 698.

Die Tarifverträge umfassen nicht nur Bestimmungen über Lohn, Arbeitszeit, Räumigung u., sie richten sich auch auf die Hygiene, den hygienischen Fortschritt, gesundheitlich einwandfreie Ausgestaltung der Arbeitsräume u. m. In den mit der Bauarbeiter-Schaft abgeschlossenen Verträgen findet die Errichtung von Buden zum Schutz gegen die Witterungsunbilden, sowie ein besserer Schutz gegen Betriebsunfälle, Berücksichtigung.

Mehr und mehr richtet sich der Kollektivarbeitsvertrag auf das ganze Arbeitsverhältnis, um dessen möglichste Besserung zu erreichen. Und ihre soziale Wirkung im allgemeinen ist, daß der Arbeiter dem Unternehmer in höherem Maße als Mensch und als Wirtschaftssubjekt gegenübersteht, wie der anarchische Kapitalismus, dem die Willkür des Unternehmers für Festsetzung der Arbeitsbedingungen und -Verhältnisse das höchste Gesetz ist, es zuläßt. Ein Umstand, der wahrlich nicht gering anzuschlagen ist, zumal er in englicher und unternehmerischer Verbindung steht mit dem Faktum, daß Unternehmer bzw. Unternehmertumskontingenzen, die auf Tarifgemeinschaften eingehen, damit der Notwendigkeit genügen, die Arbeiterorganisation als Kontrahent anzuerkennen, mit den berufenen Vertretern dieser Organisation zu verhandeln. Das ist eine große Errungenschaft der selbständigen Arbeiterorganisation, die sie aus eigener Kraft gemacht hat, ohne dabei Sympathie und Unterstützung der öffentlichen Gewalten zu genießen; ja, diese Gewalten sind vielfach im Wege mit den Arbeitsherrnentscheidungen demüht gewesen, die Arbeiterorganisation zu schwächen und zu zerstören, ihr die Erringung kollektiver Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen. Daß trotzdem die Arbeiterorganisation mächtig erstarkt und den Widerstand des Unternehmertums gegen den kollektiven Arbeitsvertrag so erfolgreich brechen konnte, ist ein überzeugender Beweis dafür, daß das solidarische Wirken der Arbeiter für ihre Interessen auf die Dauer niemals um seine guten Früchte gebracht werden kann, wenn es ein ausdauerndes, permanent energisches und zielbewusstes ist und vor keiner Schwierigkeit, vor keinem

Kampf und keinem Opfer zurückweicht. Was manchem für eine Zeit lang zu langsam geht, das macht auf einem gewissen Punkt der Entwicklung mit elementarer Wucht, alle Hindernisse besiegend, sich geltend.

Politische Umschau.

Ueber die Fleischsteuerung schreibt Max Schippel im „Correspondenzblatt“:

Die Fleischsteuerung ist zur Salamiitäl herangewachsen. Auch die schuldlosen fleischwirtschaftlichen Kreise lehnen sich mehr und mehr dagegen auf, weil die wachsenden Ausgaben für Fleisch entweder zu Rohverehrungen führen müssen oder die Massenkaukraft für Industriezweige verhältnismäßig einzuschränken drohen. Gegen diese letzte Gefahr ist man stets empfänglich; selbstverständlich will man sie erst recht nicht in die unheimlich kommende Periode der allgemeinen Abkühlung mit hinüberführen. Nach dem letzten Kassenheften (September) steht der monatliche Nachweis des statistischen Amtes folgende in Berlin im Großhandel der Doppelzentner:

	Im September		
	1906	1905	1904
Rind	162,40	145,80	135,75
Schweine	129,—	135,20	106,—
Kühe	162,—	150,—	138,—
Lamm	163,—	156,40	125,90

Der damalige Oberbürgermeister von Danzig und jetzige preussische Handelsminister Delbrück fand schon auf dem zweiten preussischen Städtekongress den Mangel an Fleisch und an bestimmten Fleischsorten „auf die Dauer nicht wohl erträglich“. Das war im Januar 1899. Man leistete aber in der Berliner Zentralmarkthalle 60 Kilogramm Fleisch

	im Januar	im September
	1899	1906
Rind I	56,68	71,16 bis 75,88
IV	28,69	54,16 „ 58,16
Kalb I	58,83	62,92 „ 68,60
II	38,12	72,92 „ 81,40
Lamm I	52,18	76,44 „ 81,44
II	39,99	66,44 „ 75,44
Schweine	51,44	66,92 „ 73,98

Das ist zweifellos der dunkelste Punkt in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage — auch für das Industrieunternehmertum.

Die Krise, die Krise! Wie ein Alpdruck liegt es auf dem Wirtschaftleben. Atemlose Angst, nervöse Unruhe lösen einander ab. Man hat den Eindruck, als bestünde man sich in einem Hause, dem der Einsturz droht, als horche man gespannt auf das unheimliche Knarren und Knistern, das dem Zusammenbruch vorherzugehen pflegt. Die Konjunktur scheint sich ihrem Ende zu nähern, der Rückschlag will kommen. Der Rückschlag, das ist die Krise, mit all ihrem furchtbaren Geschehe. Freilich, noch sind die Tage der Noz. Noch stampfen, laufen und raschen die Maschinen, noch dröhnen die Hammer, aber es hilft nichts, die Krise kommt. Die riesigen Produktionskräfte finden wieder einmal den durch den Kapitalismus bedingten Konsumtionskräften über den Kopf gewachsen. Von mancher Seite äußert man sich zwar noch sehr optimistisch über die Wirtschaftslage, so schreibt beispielsweise der „Arbeitsmarkt“: „Verpöhltes glänzend ist der beschwerliche Herbstausgang; nicht allein wegen der starken Besserung gegenüber den Vorjahren, die alle Industriekreise aufweisen, auch nicht wegen der absoluten Höhe der Arbeitsgelegenheit, die in einigen der wichtigsten Länder über jeden

Die längste Brücke in Eisen-Beton.

(Nachdruck verboten.)

ATE. Im russischen Gouvernement Gorka ist kürzlich eine über den Fluß Kalamen gespannte Brücke in Eisen-Beton vollendet worden, welche fast die längste Brücke dieser Art in der Welt ist.

Es führt hier von Werder nach Nival eine Straße bei dem Dorfe Kalamen vorbei, doch war man bisher genötigt, den Fluß zu durchschreiten, der an dieser Stelle eine bei niedrigen Wasserstände passierbare Furt bildet. Während der Überschwemmungen, die nach heftigen Regengüssen auftreten, stellt eine Furt die Verbindung zwischen beiden Ufern her. Auch im Winter, wenn das Eis sehr fest ist, veröfönen Schlitten und Fußgänger ihren Weg über den Fluß zu nehmen, aber bei milderer Witterung, namentlich während der ganzen Zeit, wo das Eis bricht, hätte bisher jeglicher Verkehr zwischen den beiden Ufern auf. So kam man zu dem Entschluß, hier eine Brücke zu bauen.

Bei hohem Wasserstand führt der Fluß eine bedeutende Wassermenge mit sich, und sein Niveau steigt dann um 2 m oder mehr über Niedrigwasserstand; da die Ufer hoch sind, wird dann das Land weithin überschwemmt. Diese häufigen Überschwemmungen bildeten offenbar die Veranlassung, der Brücke eine so bedeutende Beanspruchung zu geben. Die Gesamtlänge beträgt 200 m. Die Hauptunterstützung hing lediglich von konstruktiven Gründen ab; denn schiffbar ist der Fluß nicht. Auf Grund eines Wettbewerbwerbes wurde die Ausführung der Brücke der Firma Rowicourt & Egger übertragen, welche in Russland die Generalvertretung für das Seebühnen-System in Händen hat, da sie die günstigsten Bedingungen stellte.

Der Bau besteht aus 13 Flachbogengewölben von etwa 22 m Spannweite, die auf Gerüstpfählen ruhen. Die Widerlager sind mit Granit verkleidet. Die Breite der Brücke beträgt 6,9 m, wozu auf die Fahrbahn 4,40 m entfallen, so daß für die Fußgängerwege je ein Streifen von etwa 0,75 m verbleibt. Jede Wölbung der Brücke besteht aus drei parallel zu einander aufgeführten Bögen aus armiertem Beton. Der

Druck der Bögen wird auf die Widerlager durch eine starke Schwelle aus armiertem Beton übertragen, deren Funktion darin besteht, den Druck der Bögen gleichmäßig auf das ganze Widerlager zu verteilen. Auch auf den Pfeilern ruht eine Schwelle aus armiertem Beton, welcher die ganze Fläche des Pfeilers bedeckt und den Druck der Bögen gleichmäßig auf die Pfeiler verteilt.

Die drei Betonbögen jeder Wölbung haben eine Stützhöhe von einem Fünftel der Wölbung. Der Mittelbogen jeder Spannweite ist am Schlußstein 25 zu 30 cm stark. Die Stütze nimmt nach dem Widerlager hin zu und beträgt hier 45 cm. Die Seitenbögen jeder Spannweite sind 20 cm stark und breit. Abgesehen aus Eisen-Beton von 25 zu 25 cm Stärke sind in Entfernungen von etwa 3,30 m quer über die Bögen gelegt, um den Oberbau aufzunehmen. Diese Querträger ruhen über die Seitenbögen hinaus und bilden hier als Konstruktträger die Unterlage des Bürgersteiges.

Die Entwässerung der Brücke ist dezent verwirklicht, daß das Regenwasser von der Mitte nach den beiden Ufern zu fließt. Das Wasser des Regenrotes ist gerichtet, so daß das Wasser zunächst an den Rand der Bürgersteige geleitet wird und von hier aus weiter fließt. Durch zwölf Gullyöffnungen in den Bögen eingeleitete Entwässerung fließt das Oberflächenwasser durch den Oberbau der Brücke und fließt dann durch 26 eiserne Rohre in der Richtung nach den Ufern. Diese Rohre sind in den Bögen eingebracht, und ihre Mündungen liegen unter der Brückenoberfläche in Höhe der Betonoberfläche.

Der Beton besteht aus Kies, Sand und Portlandzement. Er wurde an Ort und Stelle zu einer Erde in einem vertikalen Betonmischer hergestellt, den eine Dampfkomobile trieb, und dann in Wagenladungen gefüllt, welche ein von der Lokomotive getriebener Kran zum Niveau des Brückenoberbaues emporhob. Hier füllte man den Kasten auf ein Wagengefäß und beförderte ihn zur Arbeitsstelle. Für diesen Zweck verband eine hölzerne Fußbrücke den Fußweg mit dem Widerlager. Ueber die Fußbrücke wurde ein Geleise gelegt, das mit einer Ausweichvorrichtung versehen war, um einen gleichzeitigen Verkehr der vollen und leeren Wagen zu ermöglichen. Später wurde, in dem Maße, wie die Arbeit fortschritt, die Bahn

über die Brücke selbst fortgeführt. Der Oberbau wurde etwa 24 Stunden nach seiner Vollendung mit einer Sandschicht bedeckt, die ihn gegen die unmittelbare Einwirkung der Sonnenstrahlen schützte und eine Enttrocknung für die Geleise bilden sollte.

Infolge der günstigen Witterung konnten die Bohren zur Bildung von Pfählen, Schwellen usw. sehr schnell wieder entfernt und sofort für das nächste Gewölbe verwendet werden. Die Gerüste ließ man im allgemeinen 20 Tage stehen, um sie dann sofort weiterzurücken. Nur die Bohrgestelle für die tragenden Bögen ließ man einige Tage länger stehen. Die fertigen Teile der Brücke wurden von den Unternehmern sofort zur Beförderung der Lasten demit.

Bei der ersten Belastungsprobe wurde eine Riestschicht gleichmäßig über die gesamte Oberfläche der Brücke verteilt. Die Belastung bedeckte die zweite und dritte Wölbung — vom rechten Ufer aus gerechnet. Man rechnete mit einer normalen Last von 400 kg pro Quadratmeter. Die Durchbiegungen der Bögen wurden mit hölzernen Meßinstrumenten festgestellt, und es ergab sich, daß sie höchstens $\frac{1}{1000}$ der Spannweite betragen. In Rücksicht auf das günstige Resultat entfernte man die Konsumtion die Hälfte der Belastung der dritten Wölbung und brachte sie noch auf die zweite. Diese trug nun $\frac{1}{2}$ mal so viel als die normale Belastung, während die dritte Wölbung nur auf einer Hälfte, also ungenügend belastet war. Auch jetzt zeigten die Meßvorrichtungen nur geringfügige Auslässe. Die bedeutendste Ausweichung betrug $\frac{1}{1000}$ der Spannweite. Die Belastung verließ 15 Stunden auf der Brücke. Nach ihrer Entfernung gingen die Bögen, abgesehen von einer geringen Abweichung, in die ursprüngliche Lage zurück.

Zur Wölbung des Widerstandes gegen Stoß und Erschütterung ließ man aus einer Höhe von 2½ Metern ein 150 kg schweres Faß auf die Mitte der Fahrbahn niederfallen, und dann zwei Faßer gleichen Gewichtes und gleichzeitig aus derselben Höhe. Die größte bei der Erschütterung beobachtete Bewegung betrug einen Zentimeter. G. H.

oder mitteilen". Falls sie diese Bedingung durch ein Wort oder einen Ausdruck abkürzen, begeben sie einen Bruch des Gesetzes und sind strafbar. Von dieser Bestimmung ist bisher von den Gerichten häufig in harte Weise gegen Streiker Gebrauch gemacht worden.

Wie bürgerlichen Blättern aus London geschrieben wird, gibt man fast allgemein zu, daß das gegenwärtige Gesetz von den Streikern etwas praktisch Unmögliches verlangt und daß es billiger ist, wenn ihnen "friedliche und vernünftige Ueberredung" zugehandelt wird. § 8 bestimmt, daß es bei Gewerbestreitigkeiten nicht statthaft ist, einen Arbeiter oder Arbeitgeber zu bewegen, daß er einen bestehenden Vertrag breche oder daß er in das Gewerbe, Geschäft oder die Anstellung einer anderen Person, sei sie Arbeitgeber oder Arbeiter, oder in deren Recht, nach Belieben über ihre Arbeit oder ihr Kapital zu verfügen, eingreife. Hiernach wird künftige Arbeitgeber seine Klage mehr gegen die Fonds der Gewerkschaften richten, falls sie Streiks, Boykottierungen u. mit willkürlichem Vertragsbruch veranlassen.

Der wichtigste Paragraph jedoch ist der vierte; um ihn dreht sich der Kampf am ehesten. Er erklärt, daß gegen keinen Gewerkschaft in seiner Gesamtheit eine Schadenersatzklage wegen einer von ihm selbst oder in seinem Namen begangenen Handlung zulässig ist.

Die Gegner machen geltend, falls dieser Paragraph Gesetz werden sollte, könnten die Fonds der Gewerkschaften für keinen Gesetzesbruch mehr haftbar gemacht werden, d. h. sie können dann nach englischem Recht überhaupt keine Gesetzeswidrigkeit mehr begehen. Sie würden hiernach eine ausnahmslos bevorrechtete Körperschaft im britischen Reiche werden, da keine andere Gesellschaft oder Anstalt oder Privatperson derartige Befreiung von der Haftpflicht genießt, mit der alleinigen Ausnahme des Souveräns.

Einer der heftigsten Gegner ist Lord Bingley, der, einer der hervorragenden Juristen Englands, sein soll. Er hat in der "Times" folgende merkwürdige Anschauungen entwickelt:

Die Gewerkschaften seien schon jetzt in der Lage, "nach ganz weltlichen Vorteilen zu streben, wenn sie sich, gemäß den Bestimmungen der Gesetze über die Handelsgesellschaften, in die Register eintragen lassen. Diesen Vorteilen jedoch entziehen sie sich gewöhnlich und verzichten damit auf die besonderen Rechte der juristischen Person. Ihr Zweck dabei ist, ihre Angelegenheiten geheim zu halten. Sie wollen die durch die Gesetze von der juristischen Person geforderte öffentliche Rechnungslegung nicht. Vor allem aber wollen sie weder durch ihre Mitglieder, noch durch dritte haftbar gemacht werden. Kurz, es kommt ihnen darauf an, sich jeder Herrschaft des Gesetzes zu entziehen." (191)

Das ist ganz der Ton fanatischer deutscher Scharfmacher. Lord Bingley steigert diesen Ton noch erheblich, indem er sich gegen die gesetzliche Anerkennung des nach vernünftigen Ermessen ganz selbstverständlichen Rechtes der "freien Ueberredung" wendet: "Was die Gewerkschaften in Wirklichkeit anstreben, ist nicht das Recht, zu überreden, sondern das Recht, einzuschüchtern und zu zwingen. Das Aufpassen, Zureden und Anslauern sind Mittel zu diesem Zweck. Wenn ein derartiges gewalttätiges Vorgehen von einer erregten Masse angebroht wird, liegt darin schon ein genügender Zwang, um einen Mann mit gewöhnlichen Nerven fester zu machen. Das wissen natürlich die Führer der Unruhen sehr wohl. Weil sie es wissen, rufen sie den Gesetzgeber an, damit er ihnen wirksame Waffen gebe. Lord Bingley fragt daher, nach welchen Grundsätzen diese Berechtigung, andere zu belästigen, den bei Arbeitsstreiks beteiligten Personen, und nur diesen, erteilt werden sollte? Die Gewerkschaften reden viel von gleichen Rechten, für sich aber verlangen sie Vorrechte, die das Gesetz allen anderen vorenthält. Wenn man ihnen nachgibt, würde durch das Gesetz eine Tyrannei zugelassen, die sie gegenüber anderen ausüben könnten."

Lord Bingley hat ohne Zweifel die deutsche Zustands-geschichte vorlage und die Ausführungen unserer "Ordnungs-politiker" zu derselben studiert. Dieser hervorragende Jurist und alle die, die keinen Anschein heischen, arbeiten mit "Gründen", die nicht aus logisch-rechtlichen Ermessen, sondern aus den Interessenerwägungen der herrschenden Klassen hergenommen sind. Den Vergewaltigungen und Schädigungen, denen die englischen Arbeiterorganisationen durch die bestehenden ungerechten Gesetze und deren rigorose Anwendung bedrängt ausgelegt sind, kann auf gar keine andere Weise ein Ende gemacht werden, als durch die eben mitgeteilten Bestimmungen. Der innerste Kern der Sache ist: die englischen Arbeiter machen ihre begründeten Ansprüche auf eine ihren Interessen entsprechende Ausgestaltung des Arbeiterrechts geltend. Wenn die Gegner sich darauf berufen, daß ihre Forderungen einen "zerstörenden Eingriff in die bestehende Rechtsordnung" bedeuten, so ist das ja allerdings zutreffend. Aber es hat noch nie eine Rechtsordnung Anspruch auf ewige Dauer gehabt. Immer muß altes Recht, das mit den sich stetig ändernden Begriffen der Gerechtigkeit in Widerspruch gerät, dem neuen Rechte weichen. Das, wogegen die englischen Arbeiter sich wenden, ist ein Stück tyrannischen Klassenherrschaftsrechts. Ihm stellen sie das Recht der Arbeit mit seinem Anspruch, sich frei durch die Macht der Arbeiterorganisation Geltung zu verschaffen, gegenüber. Und hoffentlich gelingt es ihnen, mit diesem Anspruch durchzubringen.

Maurerbeziehung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Lunden (Sperre über die Unternehmer Schröder, Kurth und Petersen in Krempel);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korf), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf), Rostock (Sperren);

Pommern:

Greifswald, Stralsund (Aussperrungen);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Schlesien:

Görlitz (Streik);

Brandenburg:

Trebitz (Sperre über Hamann), Wittenberg (Massregelung);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Bernburg (Aussperrung), Dessau (Sperre über Lüdike);

Königreich Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Meckern, Sohrstrasse, Paul Richard Theilemann in Leipzig-Anger, Frankstrasse, Heine, Militzer, Stöteritz, Schwarzerstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Rötze (Sperre über O. Böttcher), Oderwitz (Sperre über Kräsing);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Eldingen (Sperre über Knoop), Spränge (Sperre über Borchending), Wilhelmshaven (allgemeine Aussperrung), Lüneburg (Bauarbeiterstreiks);

Braunschweig:

Braunschweig (Streik);

Thüringen:

Gera (Sperre über Hirsch), Sonneberg (Sperre über Schmidt);

Rheinprovinz:

Kirn a. d. Nahe (Streik), Nevisges (Sperren über Gerharts und Husemann), Rathen (Sperren über Schlösser, Bovers und Wehrmeister), Gummersbach (Sperren), Heissen (Sperre über die Zeche „Vereinigte Wiesche“), Düsseldorf (Sperre über die Firma Holzmann & Co. aus Frankfurt a. M.);

Westfalen:

Uena (Sperren über Richter und Vannahme in Fröndenberg), Herne (Sperre über Köhler);

Bayern:

Ansbach (Streik);

Hessen:

Heppenheim (Sperre über Held);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Streik), Metz (Sperre), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperren über Schmal und Schweitzer);

Fliesenleger:

Gelsenkirchen (Sperre über den Zwischenmeister G. Siebert in Wanne), Duisburg (Sperre über Lohbeck);

Ungarn:

Budapest (Aussperrung);

Schweiz:

Zürich (Streik).

Ein neuer christlicher Scharfschütz.

Das Königsberger Experiment, diese Ausgeburt von Scharfschütz und Knechtlichkeit, hat unseren Christen des Ostens so gut gefallen, daß sie ihm leichten Herzens eine neue Schandtat an die Seite stellen. In Braunsberg führen unsere Kollegen seit vielen Wochen (seit dem 25. Juni) einen schweren Kampf, um den Stundenlohn von 45 A zu erringen. Hier haben sich die Christen wieder als die Ketten des bedrängten Bauproletariats bewährt. Die Braunsberger Unternehmer manövierten sich in ihrer Not an den bekannten Käufer in Königsberg; der sollte ihnen helfen. Und er half ihnen. Es ist ihm ja so leicht, so kinderleicht! Ein Wink von ihm, und es erschienen die getreuen Vasallen, die dort oben im Osten unter Mißbrauch des christlichen Namens dem traurigen Handwerk des gewerkschaftlichen Streikbruchs obliegen. Sie sind darin geübt. Durch Vermittlung eines gewissen Schöneck aus Königsberg erhielten die Braunsberger Unternehmer Streikbrecher so viel ihr Herz begehrt. Dadurch ward der Streik erbrochen. Diese Streikbrecher nun haben sich jetzt in einem Verein zusammengeschlossen, und diese würdige Verbindung nennt sich **Christlicher Verband**. Die Braunsberger Unternehmer verlangen von jedem Maurer, der bei ihnen nach Arbeit fragt, den Beitritt zu diesem famosen „Christlichen Verband“. Bevor er nicht den Nachweis erbringen kann, daß er dort Komplize geworden ist, wird er nicht eingestellt. Also ein neues Ausschlag für diese „Organisation!“ Trozdem werden die Christen nach wie vor mit der abgedroschenen Lüge: man hauseieren gehen, daß es sich für sie um die Vertretung von Arbeiterinteressen handele. Werden sie jetzt noch Gläubige dafür finden?

Wieder ist der Beweis dafür erbracht, daß die „Christliche Organisation“ im Interesse des Unternehmerrums wirkt; daß sie vor dem dreifachen Streikbruch nicht zurückweicht, wenn sie glaubt, dadurch einige Mitglieder gewinnen zu können.

Wenn in Zukunft wieder Klagen darüber aufstehen, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich weigern, mit dieser Sorte Christen zusammenzuarbeiten, so wird kein objektiv urteilender Mensch das als Terrorismus ansprechen können; in Anbetracht dieser Streikthaten sind das Atté völlig berechtigter Notwehr.

Gau Bremen. Im Wetterwinkel Wilhelmshaven braut sich wieder ein Gewitter zusammen, von dem man noch nicht weiß, was es alles bringen wird. In einem Fuhrwerksbetriebe hatten die Transportarbeiter Differenzen wegen eines Futtermeisters. Dieser Mensch hatte sich derartig mißlieblich gemacht, daß die Arbeiter nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten wollten. Als sie dann dessen Entlassung forderten, entließ der Fuhrwerksbetriebe einen Arbeiter, den er für den Anführer des Streiks hielt. Daraufhin legten die dort Beschäftigten die Arbeit nieder. Nun bewachte sich der Arbeitgeberbund der Angelegenheit. Er verlangte zunächst bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und erklärte sich bereit, danach über den Streikfall zu verhandeln. Die vorherige Arbeitsaufnahme lehnten die Arbeiter ab, und nun beschloß die Scharfmachergehilfen am 8. November:

„Am morgigen Tage sollen alle Gewerkschaften von dem Streikfall Aug. Bahr und Arbeitnehmer im Handels- und Transportgewerbe in Kenntnis gesetzt und aufgefordert werden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß vertragsmäßig gehandelt wird (d. h. Aufhebung der Sperre bei Bahr, Aufnahme der Arbeit dinstags und nachträgliche Anrufung des Schlichtergerichts). Sollte letzteres nicht eintreten, so würden sich sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes mit den angeführten Fuhrwerken solidarisch erklären und eine allgemeine Aussperrung vornehmen müssen.“

Werden von seiten der Gewerkschaften den Arbeitswilligen im Fuhrgewerbe Belästigungen bereitet, so tritt eine sofortige Aussperrung ein.“

Ob die Gewerkschaften in dem Sinne, wie es die Unternehmer verlangen, auf die Transportarbeiter einwirken, steht noch dahin. Wir wollen nicht verschweigen, daß die Sache gerade nicht mit übermäßigem Geschick eingeleitet ist. Dadurch wird jedoch die brutale Methode der Scharfmacher um kein Zota weniger verwerflich. Es ist nach Lage der Dinge sehr leicht möglich, daß auch das Wilhelmshavener Baugewerbe in den Streik mit hineingezogen werden kann. Der Zug nach dort ist darum fernzuhalten.

Inzwischen ist uns die Nachricht zugegangen, daß die Unternehmer ihre Drohung verwirklicht haben. Neben einer Reihe anderer Betriebe sind auch die Maurer ausgesperrt. Kollegen allerorts! Halte den Zug nach Wilhelmshaven fern!

Gau Stettin. In Demmin ist es jetzt nach einem 30tägigen Kampfe zur Einigung gekommen. Der Stundenlohn ist bis zum 3. Mai 1907 85 A, vom 4. Mai 1907 bis 1. März 1908 85 A, bis 1. März 1908 85 A, vom 1. März 1908 bis zum 1. März 1910 40 A, bis 10 Stunden Arbeitszeit. Dieses Angebot ist von den Demminer Kollegen mit zwei Drittel-Mehrheit angenommen worden. Es wird aber wohl rasch sein für diejenigen Kollegen, die noch außerhalb in Arbeit stehen, vorläufig Demmin zu meiden, weil sich jetzt noch nicht recht Arbeit im Gange ist. Um den Wünschen der Unternehmer nachzukommen, möchten wir aber die Kollegen, die hier als Poliere tätig gewesen sind, eruchen, zurückzukommen, weil sie wieder als Poliere eingestellt werden sollen.

Die Aussperrung in Greifswald ist längst auch den Bürgern, soweit sie als Geschäftsleute, Handwerker usw. auf die Grundhaft der Bauarbeiter angewiesen sind, unangenehm geworden. In einer Bürgerverammlung, die mit dem hiesigen Magistrat der guten Stadt Greifswald noch einige andere Redungen zu belegen hatte, hat sich die Unzufriedenheit mit der prekären Lage in entzündlichen Worten geäußert. Man macht, und nicht mit Unrecht, den Magistrat für die lange Dauer der Aussperrung verantwortlich, da er bisher noch gar nichts getan habe, um einen geordneten Frieden herbeizuführen. Die Bürger ließen sich von unserem Kollegen Weidenwald über den Verlauf des Lohnkampfes und seine Ursachen berichten. Sie nahmen darauf folgende Resolution einstimmig an: Die Versammlung ersucht den Magistrat und die Polizeiverwaltung, bei den sämtlichen Wohnhäusern das heimliche Gewerbe mehr zu beaufsichtigen, als es in den letzten Monaten geschehen ist. Wir bitten ferner den Magistrat, mit allen Mitteln zu versuchen, Frieden in unserem Baugewerbe herbeizuführen. Ob diese Rundgebung der Bürgerschaft etwas helfen wird, bleibt abzuwarten.

Die Freundlichkeit mit unserem alten Bekannten Benthof in Briesitz hat wieder einmal einen Stoß bekommen. An seinen Bauten in Siedow zahlte er erst 42 A. Als wir ihn dann durch eine Sperre dazu überredeten, 60 A zu zahlen, glaubten wir jede Störung in unserem Verhältnis ausgeschlossen zu haben. Leider haben wir zuviel gehofft, denn jetzt ging er dazu über, den Kollegen pro Tag 60 A für Bogis, Skarioffeln und Schottrau abzugeben. Hierbei standen sich unsere Kollegen noch schlechter als bei dem früheren Lohn. Da er in Güte nicht dazu zu bewegen war, von dieser Schmelze zu lassen, so haben wir die Sperre über die Arbeiter verhängt. Das schon oft probierte Mittel wird auch diesmal seine Wirkung nicht verfehlen.

Gau Götting. In Obergwitz, Zweigbüren Rittau, mußte der Unternehmer Krüger gekriegt werden. Dieser Herr fand an dem Vertragslohn keinen besonderen Geschmack, er war ihm zu hoch. Die Kollegen ließen sich die geringere Bezahlung nicht gefallen, und als sie Ernst machten, bequente sich Krüger auf Drängen der Bauherren beim auch zur Zahlung. Nun aber wollte sich Krüger rächen: er entließ die organisierten Kollegen, die die Bauherren in der Verfallung vorgetragen hatten. Diese Missetaten sollen ihm nun durch die Sperre ausgetrieben werden.

Gau Dresden. Der Streik in Meissen ist nach viertägiger Dauer beendet. Der Lohn, der im Frühjahr auf 38 A stand und auf unsere erste Eingabe um 2 A erhöht wurde, ist jetzt auf 42 A bis zum 31. März 1907, und von da an bis 31. Juni 1908 auf 44 A erhöht worden. In Sornowitz, Neuenhain und Brodowitz müssen 2 A mehr bezahlt werden. Die Festsetzung der Orte, die zum Meißner Lohngebiet gehören sollen, wird sofort geschehen. Der Vertrag ist beiderseitig anerkannt.

Gau München. In vorliegender Nummer des „Grundstein“ wurde darüber berichtet, daß eine Anzahl Kollegen nach Augsburg zugewandert ist, obgleich infolge der Maßregelungen der Unternehmer wiederholt vor Zugang gewarnt worden war. Am 1. November fand nun dort eine Versammlung statt, zu der speziell die Zugewanderten eingeladen waren. Eine ziemlich scharfe Debatte entspann sich über diesen Punkt. Kollege Karl führte die übertriebenen Anschuldigungen, die von den Augsburger Kollegen den Zugewanderten gemacht wurden, auf

das richtige Maß zurück, erklärte aber zugleich, daß das Verhalten der Augereisten gegen die Solidarität verstoße. Er forderte die Kollegen auf, den Augereisten Stand von den Mitteln zu schätzen und dafür zu sorgen, daß kein Maurer nach Augsburg reise, bis die gemauerten Kollegen wieder in Arbeit seien. Die Kollegen versprachen dies und vielen auch Wort; mit wenigen Ausnahmen verließen sie Augsburg. Heute können wir mitteilen, daß dieses Vorgehen nicht wirkungslos geblieben ist; mehr als die Hälfte der Gemauerten steht bereits wieder in Arbeit. Der Zugzug ist auch weiter ferngehalten. Doch die Solidarität!

In Neuburg a. d. D. wurde ein Zweigverein unseres Verbandes gegründet. Derselbe zählt bereits 40 Mitglieder. Die Neuburger Kollegen müssen nun durch rege Agitation die Organisation in Neuburg und Umgebung ausbauen und jedem Beschäftigten energisch entgegenstehen.

Gau Dortmund. Den auf der Liste der Vereinigten bei Heiden beschäftigten Kollegen hat man den Lohn reduziert. Die Kollegen wehren sich dagegen, indem sie über den Betrieb die Sperre verhängt haben.

Stiefenleger.

Die Sperren über die drei Dortmunder Geschäfte konnten aufgehoben werden, nachdem sie erklärt hatten, in Zukunft den Vertrag anzuerkennen.

Zu einem ersten Konflikt ist es mit der Firma Sobbed in Düsseldorf gekommen. Herr Sobbed verlangte von seinen Begleitern, sie möchten auf die Innehaltung des abgeschlossenen Vertrages verzichten, denn er könne sonst nicht länger bestehen. Natürlich konnten die Begleitern nicht darauf eingehen. Sie hatten auch gar keine Ursache dazu, dem Unternehmer zuhause ihre wohlverdienten Rechte anzugeben. Darauf: endlich! Sobbed sämtliche Stiefenleger mit der Motivierung, er habe keine Arbeit mehr. Dagegen steht fest, daß er für mindestens 20 Beger Arbeit hat. Aber des Bundes Kern ist, die Arbeit ist in Düsseldorf, und nun glaubt Sobbed, daß ihm die dortigen Kollegen aus der Tasche helfen. Das werden sie aber hoffentlich nicht tun. Sie werden ihre Arbeitsehre nicht mit heubeln, als Preisbrüder aufzutreten.

An unsere Kollegen in Rheinland-Westfalen richten wir die dringende Bitte, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, daß sie für mögliche Verhinderung des hier geschlossenen Laborkampfes sorgen und auf alle Anwerber ein wachames Auge haben.

Ausland.

Schweiz. Mit den Arbeitern schließen wir keine Verträge ab, denn nachgewiesenermaßen sind es immer die Arbeiter, die Vereinbarungen, und wenn sie schriftlich sind, umgehen oder nicht einhalten. So oder ähnlich so haben bisher die meisten Unternehmer gesagt. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als zum soundsovielten Male nachzuweisen, daß es umgekehrt richtig ist. Nach langem, schwerem Kampfe war es in Unterlatten gelungen, durch einen Vertragsschluß den Streit in diesem Frühjahr zu beenden; die Unternehmer erklärten, ihrerseits dafür zu sorgen, daß nun endlich Ruhe und Ordnung im Gewerbe eintrete. Es wurde vertraglich festgelegt, daß ein Minimallohn gezahlt werden solle, daß am Samstag eine Stunde früher Feierabend ist ohne Lohnabzug, und daß den Arbeitern an Unfallprämien nicht mehr als 2 pSt. vom Lohn gekürzt werden dürfen. Bis die notwendigen Arbeiten fertiggestellt waren, hat man diese Abmachungen respektiert; aber dann, als die Wichtstuer, die schon schwiegen, wenn sie einen Arbeiter sehen, den internationalen Fremdenort verlassen hatten, glaubten die Meister, sich um nichts mehr kümmern zu müssen; der Lohn wurde um 2 bis 3 Centimes pro Stunde reduziert, die Arbeitszeit wurde nicht mehr eingehalten und Abzüge bis zu 1/2 pSt. gehören zur Tagesordnung, ja, ein Unternehmer, der die katholische Kirche baut, hat für sich eine ganz besondere „Arbeitsordnung“ durchgesetzt. Das ist Vertrags-treue der Unternehmer! Warum die Herren mit einem Male so stark sind, daß kann nur der wissen, der die Verhältnisse im Berner Oberland kennt; die Fremdenindustrie ist hier noch nicht auf den Winter ausgedehnt. Aus diesem Grunde werden jetzt eine große Anzahl Arbeitskräfte, die im Sommer ihr Leben mit Stiefelputzen und Fremden-führen verdienen, überflüssig, und diese fragen nicht nach traktierten Abmachungen; wenn's nur am Samstag einige Franken gibt, dann sind diese Leute, die Spieglelledern eher gleichen als ihren Vorgesetzten, zufrieden. Die italienischen Kollegen aber sind mit den Maßnahmen der „Meister“ nicht einverstanden; sie erklären, lieber abreisen zu wollen, als sich von den vertrags-treuen Unterlatten-Unternehmern an der Nase herumführen zu lassen.

Auf Winterthur trifft daselbe zu, nur daß hier die Unternehmer gerissener sein wollen. 61 Centimes pro Stunde für den Maurer sind ihnen zu viel; deshalb haben sie eine Neuerung eingeführt, die sicher originell ist. Im Winterthur gibt es „Hilfsmaurer“. Der Unterschied zwischen dem Staatsmännchen und dem Hilfsmaurer besteht nun darin, daß letzterer so dumm ist und sich mit 40 bis 42 Centimes pro Stunde abweisen läßt. Wenn man die Winterthurer Bürger einmal fragen würde, ob bei ihnen schon so ein Hilfsmaurer gearbeitet habe, so müßten sie erklären, an der Meisterrechnung hätten sie davon nichts gespürt. Weschämend an der ganzen Sache ist, daß es auch hier wieder die deutschsprachigen Kollegen sind, die den Unternehmern ihr Spiel erleichtern. Die große Anzahl Krieger, die in Winterthur schaff, trifft man höchsten in der Dehille, wo sie ihren Geist mit Bundesfussel auf-festigen; ist das geschehen, dann schimpft sich auch der eine oder andere auf, auf den Meister zu schimpfen; am anderen Morgen aber, da ist der Born bei dem „Hilfsmaurer“ betrauert. In den umliegenden Dörfern werden 50 Centimes und darüber bezahlt, der Lohn für Winterthur, der industriereichen und deshalb teuren Stadt, ist viel zu niedrig. Wir werden deshalb im kommenden Frühjahr dafür sorgen müssen, daß die „Hilfsmaurer“ aus Mangel an „Einsatzmühen“ um eine Charge steigen; hoffentlich steigt dann der Lohn gegen den Willen der Maurer und Meister. Damit auch der Humor aus unserem Gewerbe nicht verschwindet, sorgen Maurer und Meister in Düringen für den nötigen Spas. Kommt da eines schönen Tages so ein Kerl von Basel und verbreitet Versammlungseinladungen für den Sonntag. Der

Meister, dessen Wiege, seinem Verstand nach, in den Armen gehalten haben dürfte, hört von dem „Geher“ und seinen „Hilfsleuten“ und beschließt, „seinen Reuten“: „Kor-gen, Sonntag, wird gearbeitet.“ Diefem Befehle ist dann auch nachgelebt worden, und obwohl in dem schweizerischen Kanton nicht steht: „Du sollst den Feiertag heiligen“, wurde an dem Bahnhofsweiterbau in Düringen gearbeitet. Das schloß aber, obwohl besänftigt für die Menschheit, kam am nächsten Sonntag. Obwohl der Gebieter nichts bestimmt hatte, stellten sich Maurer und Gendler zur Arbeit ein, doch der Meister war leutselig und sagte: „Heute braucht Ihr nicht schaffen.“ Der „Geher“ war ja nicht da; die Knechte durften also der Ruhe pflegen. Von dem Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter aber be-kommt man erst das richtige Bild, wenn man folgendes weiß: Der Meister ist nicht nur „Baumeister“, sondern auch Kleider- und Produktenhändler. Bei ihm bekommen „seine Leute“ Unterhosen, Socken, Reis, Maffaroni, Erbsen, Bohnen usw., nur prima Qualität, zu äußerst billigen Preisen, z. B. die Glasche Bier, 1 Liter, früher 50, jetzt 40 Centimes, und wehe dem, der vielleicht daran zweifelt, daß die Waren gut sind, oder gar meint, wo anders seien sie billiger, der muß sofort hinaus aus dem Paradies, da muß alles Bitten nicht mehr. Eins ist dabei aber verwunderlich: die Krämer, die sonst alles ausstücken, was ein Konsumverein tut, die Gewerbetreibenden, die dem Mittelstand die einzige Rettung bringt, haben sich noch nicht darum gekümmert, ob der Baumeister seine Neben-einkommen auch versteuert, oder hat er schon nachgewiesen, daß es nur aus Liebe zu „seinen Reuten“ geschieht, daß er die ersten Glasche Maffaroni verkauft?

In Zürich scheinen die Bürgervereine mit ihrem Antifreiegeiz auch noch Schwierigkeiten zu bekommen. Die Direktion des Zentrums des Kantons Zürich hat an die 85 Herren, die als Mitglieder des Komitees für die Antifreiegeizinitiative unterzeichnet haben, einen Rund-schreiben über die Echtheit ihrer Unterschriften gerichtet, und siehe da, von allen Seiten hagelt es Abfragen und Proteste. Weiß vielleicht der kantonale Gewerbesekretär, Herr Woss-Geiger, wer die Unterschriften gefälscht hat?

In Luzern entwickelt sich die christliche Organisation außerordentlich gut, schreiben bürgerliche Wähler, bei näherem Eingehen findet man, daß die Poliere sich auf einmal zum Christentum bekehren. Na, die haben es nötig; vielleicht lernen sie dann, die Arbeiter menschlicher zu behandeln, nach dem Grundsatze: „Du sollst Deinen Nächsten lieben.“ Wenn sie aber glauben sollten, die Arbeiter vom rechten Wege abbringen zu können, so irren sie, das beweist das stetige Wachsen unserer Organisation.

In Bern wäre es über den Zeit, daß die Poliere sich beeilten und Bergsurse über den Umgang mit Menschen abhielten. Es vergeht keine Woche, in der sich nicht irgend so ein Stellvertreter des Meisters in ungehöriger Weise an den Arbeitern berge, man könnte fast glauben, sie seien extra dazu angewiesen. Leider wehren sich die Maurer zu wenig oder gar nicht dagegen; ihnen fehlt der Mut, die Organisation, und doch ist sie in Bern so bitter nötig. Voranden, Gerüste sind in grauenhaften Zuständen; als Illustration diene eine Notiz der „Bernischen Tagwacht“, die wie folgt lautet: „Kuriose Vergeltung. Gestern Tage ist an einem Neubau des Herrn Baumeister Fagnard das Materialaufzugsmaschine lose geworden (sie war nur auf-geschnallt). Als der an der Maschine befindliche Pfister-lube dies bemerkte, rief er einem anderen Pfisterluben zu, er solle ihm einen Hammer bringen, um die lose ge-wordenen Klammern einzuschlagen. In derselben Zeit führte jedoch die Maschine mit Gerüst herunter. Der dabei stehende Junge konnte sich im Sturze an einem Loden festhalten, bis ihn ein Maurer aus seiner peinlichen Lage befreite. Zum Dank für ausgefallene Angst und Schrecken wurden beide Jungen sofort entlassen.“ Wir wollen den Berner Kollegen raten, nicht so lange zu warten, bis, wie in Basel bei La Roche & Co., zwei Menschenleben dem Unternehmerprofit geopfert werden müssen.

Von einer gelben Arbeiterorganisation in Lausanne wissen bürgerliche Intelligenz nicht genug zu berichten; zur Verurteilung diene ihnen, daß die zwölf Sandlanger, die angeblich der Gelben angehören, sich an uns gewendet haben, damit wir ihnen den Eintritt in unseren Verband gestatten, sie empfinden eben jetzt schon Neude über ihren Verrat, es wird immer wieder zu Tage treten, daß die Wahrheit marschiert.

In Rom sind in letzter Zeit die schweizerischen Baumeister mit ihren süddeutschen Kollegen zusammen-gefunden, um nachzuweisen, daß nicht nur die Arbeiter ausländische Hecher brauchen; sie haben beschlossen, von der gebräuchlichen Arbeitszeit nicht abzugehen. Dies dürfte ihnen nicht lange gefallen; denn arbeiten tun die Herren nicht gerne. Sollten sie aber gemeint haben, die Arbeiter müßten in alle Zukunft täglich zehn Stunden schaffen, so hängt das nicht allein von den Herren ab, die Verhältnisse, noch besser aber eine gute Organisation, sind stärker als ein internationaler Baumeistertag.

Die Sektion 1 (Zürich) macht bekannt, daß die Mit-gliederverfassungen jeden ersten und dritten Samstag im Monat im Hofe „Sonne“, Grobstrasse, Kreis 3, Abends 8 Uhr, stattfinden und der Vorsitzende Alfred Steinman Dofur-Arghe 132, Kreis 5, und der erste Kassierer Kulmstern 24, Kreis 4, wohnen. Bei letzterem werden auch An-meldungen, mit Ausnahme der Samstag- und Sonntag-Abends von 7 bis 9 Uhr entgegengenommen. Samstag ist der Kassierer im Verbandslokal „Sonne“ von 8 bis 9 Uhr zu treffen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Parteitagsprotokoll. Das Protokoll über die Ver-handlungen des Mannheimer Parteitages der Sozialdemokra-tischen Partei Deutschlands ist im Druck erschienen. Die Re-ferate und Diskussionsreden in Sachen des politischen Massen-streiks und des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften sind ausführlich im Protokoll wiedergegeben, so daß das Protokoll auch ein Interesse speziell für die Gewerkschaften

hat. Das Protokoll sollte daher auch von allen Zweigvereinen angeschafft werden.

Der Preis beträgt für ein Exemplar in seinen gebunden M. 1.50 und ist durch die Buchhandlungen der sozialdemokra-tischen Partei und auch durch uns zu beziehen.

Verbandskalender. Die erste Auflage des Verbands-kalenders, die in 40 000 Exemplaren hergestellt wurde, ist ver-griffen. Eine neue Auflage wird nur dann hergestellt, wenn weitere 2000 Exemplare bestellt werden. Wir ersuchen, etwaigen weiteren Bedarf baldmöglichst aufgeben zu wollen.

Neue Beitragsmarken. Mit Beginn des nächsten Jahres werden neue Beitragsmarken eingeführt, die sich von den bisherigen dadurch unterscheiden, daß sie eine andere Farbe erhalten. Die alten Marken müssen mit der Abrechnung für das 4. Quartal, spätestens aber bis zum 1. Februar 1907 ein-gesandt werden. Mitglieder, die bis dahin ihren Beitrag für dieses Jahr nicht bezahlt haben, gelten wegen Schulden als gestrichen.

Beitragszahlung. Monat November ist laut Statut der letzte Beitragsmonat im Jahre; die Monate Dezember, Januar und Februar sind beitragsfrei. Die beitragsfreie Zeit ist eingeführt, um zu verhüten, daß im Winter Mitglieder wegen Beitragsschulden gestrichen werden müssen. Soll dieser Zweck in Erfüllung gehen, was im Interesse des Verbandes wünschenswert ist, dann müssen die Mitglieder ihre Verbands-beiträge bis zum Jahreschluss voll bezahlen, bevor es Winter wird.

Die rechtzeitige Zahlung des Beitrages liegt aber auch im Interesse der Mitglieder selbst. Laut Statut haben nur diejenigen Mitglieder ein Recht auf Reise-, Sterbe- und Krankentun-terstützung sowie Rechtschutz, die mit ihren Beiträgen nicht länger als zwei Monate rückständig sind. Im anderen Falle gehen alle erworbenen Rechte auf Unterstützung verloren. Eine Nach-zahlung der rückständigen Beiträge führt daran nichts ändern.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Kollegen hierauf noch besonders hinzuweisen und Einrichtungen zu treffen, daß die Säumnigen vom 1. Dezember an persönlich an ihre Beitragspflicht erinnert werden können.

Für Mitglieder, die im Herbst nach Hause reisen. Diejenigen Mitglieder, die mit Beginn des Winters den Ort, wo sie in Arbeit stehen, verlassen und an einem Ort ihren Aufenthalt nehmen, wo ein Zweigverein nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam, daß ihnen, wenn sie sich beim Verbandsvorstand anmelden, der „Grundstein“ von hier aus zugestellt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzusenden, auch muß der Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt sein.

Wollen die Kollegen aber lieber mit dem Zweigverein, dem sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehre bleiben und sich von dort aus den „Grundstein“ zustellen lassen, dann steht dem nichts im Wege.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitglieder auf obiges aufmerksam zu machen.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir die Zweigvereinsvorstände, dann, wenn Mitglieder abreisen und den „Grundstein“ von dem Zweigverein nicht beziehen, nicht zu vergeffen, auch die entsprechende Zahl Exemplare des „Grundstein“ abzugeben.

Reiseunterstützung. Die Auszahlung der durch Statut (§ 29) vorgeschriebenen Winter-Reiseunterstützung beginnt am 1. Dezember dieses und endet am 31. März des nächsten Jahres. Reiselegitimationskarten stellt der Ver-bandsvorstand vom 28. November an aus.

Mitglieder, die eine Karte wünschen, haben ihr Mitglieds-buch sowie 20 Pf. in Briefmarken für Zurücksendung des Buches und Zusendung der Legitimationskarte z. einzusenden. Jung-gefallen haben außerdem eine Bescheinigung einzusenden, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verband beigetreten sind.

Als solche Ausweis-papiere genügen ein Lehrort oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehr-zeit. Wenn an dem Ort, wo ein Kollege ausgereist hat, ein Zweigverein besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den betreffenden Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem muß angegeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung aus-zuzahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 5. bis 10. November für folgende Mitglieder erteilt:
Louis Müller-Galte, Verb.-Nr. 57 998; Paul Duse-Danzig, 152109; Konr. Orth-Walig 40578; Georg Spah-Frankfurt a. M., 191 930; Joh. Hammer-Bergengau (Frankr.), 123 907; Heinr. Wöhrner-Neuburg, 89 983; Oscar Wagner-Weizig (Frankr.), 18 268; R. Wroth-Lübeck (Frankr.), 84 658; Aug. Ahrend-Sandover (Frankr.), 81 891; Wilh. Berg-Main, 40 663; Guß. Mafke-Sonnenburg, 101 822; Joh. Dombrowski-Wartburg (Frankr.), 237 654; Fr. Gehrt-Sandburg, 28 356; G. Klemm-Speyer

Vertrag handeln. Es wurde beschlossen, so bald wie möglich in den nächsten Tagen mit den Unternehmern in eine Verhandlung zu treten, an der auch unser Bauvorstand, Hermann Silberstein-Berlin, teilnehmen wird. Zum Schluss wurden die Kollegen noch ermahnt, ihre Häuser in Ordnung zu bringen, da noch viele mit Beiträgen rückständig sind. Mit einem beschließenden Hoch auf unsere Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Salle a. b. Saale. Die am 6. November im Saale „zu Marienburg“ tagende Mitgliederversammlung beschloß sich zunächst mit dem Geschäftsbereich des Volksbundes (Die Beschlüsse finden diesen Punkt unter der Rubrik „Vom Bau“). Darauf erhaltene der Kassier den Kassierbericht. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 9509,10. Die Nebenkasse hatte eine Einnahme von M. 7421,79 und eine Ausgabe von M. 1893,50. Es blieb also ein Bestand von M. 5528,50. Ein recht scharfsinniger Punkt war der Vorschlag von sechs Mitgliedern, die auf dem Neubau Hartmann in Afford gewohnt haben, und zwar betraf es die Kollegen Karl Mennig, Friedrich Schwegler, Albert Jannitz, Albert Köppchen, Richard Schick, Gustav John und Otto Kloppe. Die Beteiligten suchten nachzuweisen, daß sie nur eine Gratifikation erhalten hätten; aber durch ihre Vertretung bekamen sie sich selbst, daß jeder Kollege die Lieberzeugung gewann, daß sie selbst im Afford gearbeitet haben. Die Abstimmung ergab für den Vorschlag 182 Stimmen, gegen den Vorschlag 77 Stimmen, unglücklich waren zwei Stimmen. Das Besondere daran ist, daß der Kollege beim Hauptvorstand und Ausschuss zu. Des weiteren wurde über die Sperre des Unternehmens Schulte, Neubau Seebenerstraße, berichtet, wo fünf Maurer und zwei Arbeiter den Lohn von zusammen M. 185,43 nicht erhalten haben. Es wird dringend ersucht, dies zu beachten, damit nicht noch mehr Kollegen um ihr Geld kommen.

Serne-Reddinghausen. Am 4. November fand im Gewerkschaftshaus in Reddinghausen-Süd die Generalversammlung des Zweigvereins statt, in der Kollege Pfaffenberger-Vorstand einen Vortrag über die Schicksale der Affordarbeit hielt. An zahlreichen Beispielen und statistischen Berechnungen zeigte der Redner den ungemein schädlichen Einfluss der Affordarbeit auf den menschlichen Körper, das Familienleben und vor allem auch auf die Organisation. Auch führte die Affordarbeit den Affordkollegen die Pflicht, Mittel und Wege zu finden, um wenigstens die Auswirkungen der Affordarbeit zu beseitigen. Sodann erhaltene der Kassier den Kassierbericht vom 3. Quartal. Aus dem ist hervorgegangen, daß die Organisation auch im 3. Quartal wiederum trotz der vielen Widerstände unserer Organisation hauptsächlich im schwarzen Männerlande ein gut Stück vorwärts gekommen ist. Der Versammlungsbeschluss war durchsichtlich zufriedenstellend. Auch der innere Ausbau der Organisation schreitet rüstig vorwärts. Die Kollegen in den Verwaltungen der einzelnen Zirkelstellen werden nicht mehr so oft wie früher; auch die Beitragszahlung ist besser geworden. So leiden hatte der Zweigverein unter der außerordentlich großen Fluktuation und dem geringen Zugang. Nur ein ganz kleiner Teil der Gesuche der Unternehmern um Zulassung von Arbeitskräften konnte berücksichtigt werden. Auch jetzt ist noch großer Mangel an Arbeitskräften vorhanden, weshalb Zugang erwünscht ist. Die Ursachen dieser Erscheinung sind wohl in dem rigorosen Verhalten aller Zirkelstellen und der Behörden zu suchen. Jedes, auch noch das kleinste Vergehen, ist bestraft, wenn es nicht mit einem Kollege oder einem Gehalt erfindet wird. Auch in einer solchen Ordnung und Hygiene verglichen Affordarbeiter unsere Kollegen ihr Dasein nicht verbringen und verdienen wollen, ist erklärlich. Es geht jedoch auch in dieser Beziehung vorwärts, so daß zu hoffen ist, daß auch hier in bald eine erhebliche Besserung eintritt. Nur wäre es nötig, daß unsere Kollegen aus den anderen Gauen Deutschlands unter Umständen mehr aufpassen, um unsere Kollegen hier in ihrem Kampf gegen Mord und geistige Verwundung zu unterstützen. Mit unserer Liebe „Freundin“, der „Gedächtnisblätter“, hatten wir auch wieder ein paar Straußen zu bestehen. In Gils, einem ausbleibenden Industriestadt des Westfälischen Hinterlandes, wollten sich unsere Kollegen auch ein wenig enger zusammenhängen und kamen zum Zweck der Gründung einer Hilfskassette eines Samstag Abends in einer Gartenwirtschaft zusammen. Flugs war auch die Polizei in Gestalt eines Genarmen und eines Polizisten da und forderte zum Auseinandergehen auf. Als diese ebenfalls nach Ansicht der beiden Staatsretter nicht schnell genug geschah, waren auch schon die Säbel aus der Scheide und nun wurde nach berühmten Muster — siehe Breslau — eingekaut. Sechs Verwundete und zwei Verhaftete waren die Folge dieser Polizeigraus. Warum diese Polizeitakt infanteri war, ist wohl am besten zu erkennen aus einer Mitteilung, die ein an der Voruntersuchung beteiligter Polizeibeamter zu einem der Verhafteten tat. Der Beamte meinte: „Ihr wollt wohl die Christlichen hier ganz verdrängen, Ihr rotes Geleitet!“ Also als Helfer der „Christen“ — ob freiwillig oder extra engagiert, konnten wir nicht erfahren — glaubt die Polizei tätig sein zu müssen. Uns kann es schon recht sein. Daneben werden wir unsere Brüder in Gils nicht darum. — Bei der Sperre über den Unternehmer Wapen in Reddinghausen-Süd konnte es unsere Polizei auch nicht unterlassen, dem Unternehmer zu Hilfe zu kommen. Es hätte jedoch nichts, der Unternehmer mußte kapitulieren. — Daß die Polizei von Reddinghausen auch Habschereien, Lüge und Wank im Gewerkschaftsbuch verhaftet hat, haben wir schon letzter Bericht. — Der Arbeitsvertrag wird im allgemeinen von den Unternehmern ungenutzt. Am meisten wird gegen die Zuerkennung der Arbeitszeit gekämpft. Wieviel tragen jedoch die Polizei die Hauptkassette. Wegen dieser Verhältnisse mußte die Schlichtungskommission in Hangel-Sabinghof einschreiten. Dort wurde bei fast sämtlichen Unternehmern gemeinsame Stunde gearbeitet. Zu bemerken ist hierzu noch, daß der Vorsteher der christlichen Zirkelle, Jacob Meyer, mit seinen Freunden und Brüdern den Anfang gemacht hatte. Ebenfalls tat sich Herr Meyer dadurch hervor, daß er den Beauftragten der Schlichtungskommission in unschöner Weise begegnete, während sämtliche anderen — unorganisierten — Kollegen der Kommission in der besten Weise entgegenkamen, so daß deren Verhalten von dem des Christenführers Meyer wohlwollend abfiel. Sodann waren es noch die Unternehmer Senger in Serne (wie immer), Lauer aus Bodum und Walter aus Hühlinghausen auf deren Neubauten in Gils und Langenbodum die Arbeitszeit nicht inne gehalten wurde. Charakteristisch ist aber auch hier wieder, daß sämtliche bei

diesen Unternehmern Beschäftigten Mitglieder der christlichen Organisation waren. Nur ein Maurer bei Senger gehörte zu uns, er ist jedoch dann zu den Christen gegangen, wozu er ja auch eigentlich gehörte. Die sonstigen Differenzen zwischen den Kollegen und den Unternehmern wurden in 18 Sitzungen der Schlichtungskommission erledigt. Außerdem mußten noch 18 Klagen bei den verschiedenen Gerichten anhängig gemacht werden, wovon 17 doliere Erfolg hatten. — Bei der Versammlung wurde auch gegen drei Mitglieder Strafantrag wegen Untreue gestellt. Einer davon erhielt eine Woche Gefängnis, die anderen beiden Anklagen schweben noch. Alle drei wurden einstimmig ausgeschlossen. In der Versammlung wurde auch wiederum Klage darüber geführt, daß es immer noch einzelne Kollegen gibt, die unter Hinterlassung von Logischulden verduften. Als solche wurden bekannt gegeben: Seibert, Dinstedt, Max Kühne, Wilhelm und Paul Hornung, die drei letzteren aus Halberstadt. Beschlössen wurde ferner, für die beitragsfreie Zeit einen Wochenbeitrag von 10 A. zu erheben. Um dem Restantumwesen zu steuern, sollen vom 15. Dezember an die Mitgliedsbücher eingezogen und mit einem Schlüsselpfand versehen werden.

Mainz. Dienstag, den 6. November, tagte im „Goldenen Pfingst“ eine gut besuchte Maurerverammlung. Kollege Lehn erhaltene den Kassierbericht vom dritten Quartal, der von der Versammlung mit Vertiefung aufgenommen wurde. Ein Antrag des geschäftsführenden Ausschusses, die Sterbunterstützung aus der Zweigvereinskasse für Mann und Frau von M. 80 auf M. 100 vom 1. Januar 1907 ab zu erhöhen ohne Beitragsanhebung, wurde einstimmig angenommen. Es entspann sich eine rege Diskussion wegen der Beschließung des Unterstützungsbeschlusses vom 19. November bis 15. Dezember in Berlin. Am 9. Oktober tagte im Lokale „Lammensbaum“ eine Mitgliederversammlung, in der Kollege Gruber von Alzen zum Besuch des Unterstützungsbeschlusses gewählt wurde. Die Wahl des Kollegen Gruber hat der Hauptvorstand nicht anerkannt mit der Begründung, daß der Auszug nur von dem Vorstand bestätigt werden soll, da derselben in erster Linie an der Spitze der Agitation stehen, es müßte nur Kollege Lehn für den Zweigverein Mainz sein könnte. Kollege Gruber brachte folgende Resolution ein: „1. Die heutige außerordentliche Zweigvereinsversammlung protestiert gegen das un-demokratische Vorgehen des Hauptvorstandes in Sachen Gruber und beharrt auf ihrem Beschlusse. 2. Sollte der Hauptvorstand dem Zweigvereinsbeschlusse nicht Rechnung tragen, so erklärt die Versammlung den anderen Beschlusse, welcher von einem eventuellen Gebotstrag handelt, für aufgehoben.“ Im Laufe der Debatte zog Gruber den zweiten Teil der Resolution zurück, der erste Teil wurde angenommen. Ferner lagen von fünf Zirkelstellen gleichlautende Entwürfe vor, welche besagen, daß in Zukunft keine Gebotstragen an Mitglieder aus der Zweigvereinskasse gewährt werden sollen, da es zum allgemeinen Gebrauch geworden sei. Diese Entwürfe fanden Annahme. Mit einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Gruber fand die Versammlung ihr Ende.

Wüzburg-Rimpar. Sonntag, den 4. November, hielten die „Christen“ zu Rimpar eine Versammlung ab, in welcher Herr Wehring aus Nürnberg das Referat hatte und etwa 18 bis 20 Götter anwesend waren. Als nun zwei unserer Kollegen den Saal betraten, wurde ihnen dieser sofort verwiesen. Sie gingen aber nicht, sondern hörten 8 bis 10 Minuten der Rede des Herrn Wehring zu. Als es der Redner in seiner Verleumdung gegen unseren Verband zu arg trieb, brach eine unserer Kollegen den Zuschuss „Kaiser Sagen“. Von da ab schied sich der „Christ“ aus, bis unsere Kollegen den Saal verließen. Was dann noch weiteres zur Verlesung der Sage der mit christlicher Weltanschauung behagpropieten Zuhörer besprochen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir möchten jetzt bloß wissen, ob in der Versammlung auch der Streik für den ewigen Kampf nach der abgelaufenen Beitragsperiode organisiert wurde. Die Unternehmern haben ja jetzt schon den Tarifbruch fertig gebracht. Sollten sich etwa die verwandten Seelen schon gefunden haben? Oder hat man die Nürnberg christlichen Pfaffen-Maurer nachahmen wollen? Bei uns ist in jeder Versammlung freie Diskussion und Zutritt für jedermann. Warum wird dort Gullenarbeit betrieben? Sollen vielleicht die für heute so hart empfundenen 3 A. an die Unternehmern zurückbezahlt werden? Eines ist hier gesagt: An dem Bestand unseres Verbandes werden die Herren in diesem Zweigvereinsgebiet nichts ändern, sollten sie auch noch so viele Versammlungen abhalten. Vielleicht hat man aber schon für die Verlagskassette im nächsten Jahre in Hühlinghausen Weise für das Zentrum agitiert. Warum hinter verschlossenen Türen Schritte in der Tatge machen? Wir fürchten den Gegner nicht, wir treten ihm mutig entgegen.

Verbot oder Reform der Affordarbeit?

XVII.

Gau Mannheim.

In vielen anderen Bezirken Deutschlands wird vielfach angenommen, daß die Affordarbeit besonders im Gau Mannheim in schlimmster Weise grassiere. Dies ist ein Irrtum.

Prozentual dürfte bei uns nicht mehr in Afford gearbeitet werden, als in anderen Gauen Deutschlands. Im Maurerberuf ist der Hauptteil der Affordarbeit im Zweigverein Mannheim-Ludwigshafen. Außerdem trifft man Affordarbeit in geringem Maße in den Industrieorten des Saargebietes, in Lothringen und teilweise im Saarwald. Bei den Spezialarbeitern ist die Affordarbeit in den letzten Jahren ebenfalls wesentlich zurückgedrängt worden.

Die Zementwerke und Asphaltwerke, die ihren Hauptteil in Mannheim-Ludwigshafen, Neustadt a. d. Saar, Landau, Karlsruhe und Freiburg haben, arbeiten nur noch in Karlsruhe teilweise in Afford. Die Fliesenleger sind an Zahl sehr gering und dominieren in der Hauptstadt in Karlsruhe und Straßburg. In beiden Orten wird ein erheblicher Teil der Fliesenlegerarbeit in Afford ausgeführt. Die Verputzarbeiten werden im ganzen Bezirk fast ausschließlich von Gipsern hergestellt. Hier war bis vor wenigen Jahren die Affordarbeit ziemlich allgemein üblich, doch in neuerer Zeit haben die Gipsler durch Lohnkämpfe in vielen Orten die Affordarbeit beseitigt, so unter anderem in Mannheim-Ludwigshafen, Neustadt, Landau, Seidelberg, Freiburg, Colmar und Straßburg.

Raminbauer haben wir ebenfalls sehr wenig. Diese Arbeit wird vielfach von einem Zwischenunternehmer für

eine bestimmte Summe übernommen, der dann die nötigen Maurer und Arbeiter selbst einstellt. Die Maurer erhalten dabei in der Regel einen Stundenlohn, der um 10 bis 15 A. höher ist als der allgemein übliche. Auch die Dachbeder sind an Zahl in unserem Bezirk gering.

Soweit Ziegelbäcker in Frage kommen, wird diese Arbeit von Maurern ausgeführt. Die übrigen Dachbeder arbeiten werden im Tagelohn ausgeführt.

Betrachten wir nun die Affordarbeit im Maurerberuf zahlenmäßig, so bringen wir damit den Beweis, daß sie prozentual hier nicht härter vorkommt als in anderen Bezirken. Nach unserer Kenntnis dürften im Gau Mannheim circa 25 000 Maurer beschäftigt sein. (Die Ermittlung der genauen Zahl war uns bei der Ausdehnung unseres Bezirkes, sowie infolge der gewaltigen Agitationsarbeit und der großen Zahl von Lohnbewegungen bisher nicht möglich, doch dürfte die angegebene Zahl annähernd richtig sein.) Von diesen circa 25 000 Maurern werden höchstens 1200 bis 1500 in Afford arbeiten; davon entfallen allein etwa 700 auf Mannheim-Ludwigshafen. Das sind gegenüber der Gesamtzahl 5-6 pht.

Im Schwarzwaldbau handelt es sich hauptsächlich um italienische Parteien. Der Kolonnenführer übernimmt den Bau, zahlt die Leute nach Belieben aus und steuert dann den etwaigen Lieberzug in die eigene Tasche. Doch da ein Teil davon mit der deutschen Schrift und Sprache auf sehr schlechtem Fuß steht, so werden viele von struppeligen Unternehmern gewaltig über das Ohr gehauen. Das gleiche trifft für Lothringen zu. Dort kann man sehr häufig eine andere Praxis beobachten. Wenn der Bau bald fertig ist, weigert sich der Unternehmer, weitere Zahlungen zu leisten, oder er bricht einen Streik vom Joaze, um die Leute los zu werden. Dann kommen die Leute in der Regel zu uns und suchen bei uns Hilfe. Doch da in einzelnen Fällen keine bestimmten Vereinbarungen getroffen waren, in anderen Fällen sich der Unternehmer durch allerlei Klauseln geschützt hatte, so ist es in den meisten Fällen unmöglich, den Kollegen zu helfen. In den Industrieorten des Saarbezirks sind es zum Teil italienische, zum Teil auch pfälzer Parteien, die Affordarbeit verrichten. Doch kommt der Afford hier nur noch ganz vereinzelt vor. Auch hier wird in der Regel von einem Partieführer der ganze Bau übernommen. Da sich die Leute in der Regel nicht darum kümmern, wieviel Substanz der Maurerwerk zu errichten sind, so fallen sie fast stets hinein. Es kommt auch nicht selten vor, daß sich der Unternehmer hinterher weigert, den etwa gemachten Lieberzug herauszugeben. Gerade diese Praktiken vieler Unternehmer haben den Maurern die Affordarbeit beseitigt. Bei den vielen Lohnforderungen der letzten Jahre fand sich auch vielfach die Forderung: Abschaffung der Affordarbeit. Von 27 Zweigvereinen im Gau sind heute in 17 Zweigvereinen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Drei Zweigvereine (Wohheim, Hasingen und Wohheim) sind keine Arbeitorte. Die Kollegen von Wohheim und Hasingen arbeiten größtenteils in Basel, die Wohheimer in Frankfurt am Main. In fünf Zirkeln ist die Affordarbeit direkt verboten (Freiburg, Bad, Mies, Pforzheim und Schwetzingen). In weiteren sieben Zweigvereinen ist die Affordarbeit durch Versammlungsbeschlüsse verboten (Seidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Landau, Neustadt und Speyer). In ganz sind es nur die zwei Zweigvereinsgebiete St. Johann-Saarbrücken und Mannheim-Ludwigshafen, wo in Afford gearbeitet wird. In St. Johann-Saarbrücken verbotene wird, bei Abschluß des Tarifes ein Verbot der Affordarbeit zu erreichen, doch die Unternehmern waren hierzu leider nicht zu bewegen. Wir setzen jedoch durch, daß niemand zu Affordarbeiten gezwungen werden darf. Die diesbezügliche Bestimmung im Tarif hat folgenden Wortlaut: „Affordarbeiten unterliegen der freien Vereinbarung, jedoch sind Entlassungen wegen Verweigerung solcher nicht zulässig.“ Wenn die Maurer sonach keine Affordarbeit wollen, so kann sie kein Mensch dazu zwingen. Außer in den oben genannten Orten ist die Affordarbeit noch in Vörsdal, Bruchsal und Dietheim durch Tarif verboten.

Aus alledem geht hervor, daß bis auf den Zweigverein Mannheim-Ludwigshafen ein völliges Verbot der Affordarbeit keinen Schaden bringen würde, sondern im Gegenteil ohne viel Mühe durchzuführen wäre. Wie liegen nun die Dinge in Mannheim-Ludwigshafen?

Bis weit in das vorige Jahrhundert hinein läßt sich nachweisen, daß Maurerarbeiten in Afford ausgeführt wurden. In den siebziger Jahren waren es besonders die Firmen Josef Hoffmann Söhne, Gebrüder Hoffmann, Peter Würz und noch einige andere, die ihre Arbeiten fast ausschließlich in Afford herstellen ließen. Doch blieb es in dieser Zeit immer noch bei einzelnen Firmen. Auch in den achtziger Jahren entwickelte sich die Affordarbeit wenig. Erst die Hochkonjunktur der neunziger Jahre brachte die Affordarbeit zur Blüte. Wir finden nun hierbei die verschiedensten Systeme. In Ludwigshafen wurde die Affordarbeit meist in Kolonnen ausgeführt und das erzielte Geld gleichmäßig unter die Maurer verteilt. Doch auch bei diesem System ergaben sich erhebliche Schäden. Einzelne Unternehmer ließen von den Maurern einen Revers unterschreiben, wonach die Maurer an den Unternehmer keine Ansprüche hätten, sondern sich nur an ihren Kolonnen- oder Partieführer zu halten hätten. Ging nun einmal ein solcher Partieführer mit dem Verdienst durch, oder betrog er die Maurer in der unerschatlichsten Weise, so hatten diese dann das Nachsehen. Solche Fälle gehörten keineswegs zu den Seltenheiten. Natürlich spielten die Kolonnen- oder Partieführer gegeneinander aus. Wurde eine Arbeit vergeben, so erklärte der Unternehmer, der Partieführer Soumba, will die Arbeit für den Preis machen, wenn Sie diese Arbeit etwas billiger machen, dann wird Sie Ihnen übertragen. Oft genug fielen die Partieführer auf darauf hinein. In größeren Bauten, mochte mehrere Parteien arbeiten, entfiel fast immer Streit um das Gerüstmaterial. Es war gewöhnlich Mangel daran vorhanden. Jede Partei sorgte selbstverständlich nur für sich. Ein weiterer Streitpunkt lag in der Verteilung der Arbeit. Es liegt auf der Hand, daß die Verteilung einer Partie, die sie ihr in besonderer Günstigkeit, die besten Arbeiten aufzugeben kann. Ebenso wird die Verteilung einer Partie, der sie mehr gegenwärtig ist, möglichst viele Tagelohnstunden anzuerkennen, während sie

bei anderen Parteien rücksichtslos gestrichen werden. Die Kunst spielt in dieser Hinsicht eine sehr große Rolle. Das Material, soweit Haupteine und Bausteine in Frage kommen, schaffen sich die Maurer selbst an die Verwendungsstelle. Erwaehnte Bauarbeiter werden fast gar nicht beschäftigt. Die Wirtel wird von jungen, kaum der Schule entwachten Burschen (den sogenannten Speisebuben) herbeigeschleppt. Da diese Jungen in rücksichtsloser Weise ausgebeutet werden, braucht kaum einer besonderen Erwähnung. Wir haben oft sehen müssen, wie den Jungen vor Anstrengung die Beine gezittert haben.

Bei der rücksichtslosen Ausbeutung sind natürlich auch die so notwendigen Bauarbeitervorschriften selten beachtet worden. Baubuden, ordentliche Baustellenabdeckungen, Schutzgelande und Schutzgerüste waren noch vor wenigen Jahren unbekannte Dinge. In Ludwigshafen und in dem Vorort Mundenheim herrschten in dieser Beziehung gräßliche Zustände. Hier war ein rücksichtsloser Kampf selbst gegen die beständigen Aufsichtsborgane nötig, bis einigermaßen Wandel geschaffen wurde. Das Einbringen mit den Kollegen, die in Tagelohn arbeiteten, war das denkbar schlechteste. Reid, Mißgunst, Haß und Streit waren an der Tagesordnung. Ein Teil der Kollegen erlachte schon vor Jahren, daß dies nicht so fortgehen könnte. Im Jahre 1899 wurde in einer Versammlung in Ludwigshafen die Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit erhoben. Die Kollegen stimmten dem mit großer Mehrheit zu. Die Forderung wurde eingeleitet, und als die Unternehmer nicht nachgeben wollten, wurde der Streik erklärt. Doch nun zeigte es sich, daß es ein Teil der Kollegen mit der Abschaffung der Affordarbeit nicht ernstlich meinte. Diese Leute erklärten den Unternehmern: Unterscheidet nur ruhig die Forderung, wir schaffen nachher doch in Afford. Der Streik ging durch die Verhältnisse flüchtig verloren. Obwohl fast alle Unternehmer die Forderung anerkannt hatten, wurde nachher mehr in Afford gearbeitet als zuvor.

In Mannheim hatten wir die verschiedensten Systeme. Den „heimlichen Afford“ durch den Polier, das Zwischenmeisterthum und den Kolonnen- oder Partienafford. Bei dem „heimlichen Afford“ hatte der Polier den ganzen Bau übernehmen. Er stellte dann Maurer ein, trieb sie in rücksichtsloser Weise zur Arbeit an, zahlte aber nur den gewöhnlichen Stundenlohn und steckte den Ueberfluß in seine eigene Tasche. Die Zwischenmeister waren in der Regel auch sogenannte Partieführer. Allerdings nicht Leute, die im Auftrage ihrer Partei Arbeiten für diese übernehmen, sondern die für ihre Person Arbeiten übernehmen, dann Maurer einstellten und diese ganz nach Belieben behandelten.

In der Regel hatten diese Sweater noch einen oder zwei Mann an der Hand, die als Antreiber fungierten und einen Teil der Beute erhielten. Den Löwenanteil beanspruchte natürlich der Zwischenmeister für sich. Auch bei dem Kolonnen- oder Partienafford wurden die Maurer hie und da über Ohr gehauen. In nicht wenigen Fällen brachte der Partieführer den Verdienst nicht voll zur Verteilung, sondern nahm sich einen ansehnlichen Betrag vorweg. Unterzeichneter hatte im Jahre 1902 eine Klage vor dem Gewerbegericht in Mannheim zu vertreten. Bei dieser Gelegenheit erklärte ein Buchhalter als Vertreter der beklagten Firma, es sei in ihrem Geschäft keine Seltenheit, wenn ein Partieführer mit 160 bis 200 Ueberfluß am Tagelohn nach Hause ginge. Dieser Herr gab damit die schärfsten Belege für die Partieführer vor Gericht offen, zu. Es hat sich dadurch auch bei den Kollegen die Meinung herausgebildet, daß der Partieführer für seine Bemühungen eine Entlohnung haben müsse. Besseres sehen die Maurer selbst einen bestimmten Betrag fest, den der Partieführer dann als Entlohnung erhält. Es ist selbstverständlich, daß alle die Mißstände, die in Bezug auf den Bauarbeiterlohn in Ludwigshafen geschildert wurden, auch in Mannheim vorkommen. Daß bei der hiesigen Arbeitsweise, die die Affordarbeit mit sich bringt, die Qualität der Arbeit leiden muß, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden. Die Unternehmer könnten sich unter diesem System wohl fühlen. Einmal brauchen sie auf den meisten Baustellen keinen Polier, sparen sonach die Ausgabe für ein und zweitens brauchen sie um das Quantum der Arbeit keine Sorge zu haben. Doch die billigere Arbeit, die die Unternehmer durch den Afford erhalten, wird von ihnen vielfach schon bei ihren Submissionsangeboten berücksichtigt, so daß durch die Herabsetzung der Preise die Vorteile der Affordarbeit für den Unternehmer wieder verloren gehen. Dadurch erweist sich der Afford für beide Teile, für Unternehmer sowohl wie für Maurer, als schädlich.

In den Zeiten der Hochkonjunktur, von 1898 bis 1900, waren die Unternehmer gezwungen, höhere Stundenlöhne und auch höhere Preise für Affordarbeiten zu zahlen. Dadurch erreichten die Kollegen vielfach gute Verdienste. Es wird erzählt, daß in diesen Jahren bei Affordarbeiten pro Stunde 80, 90 $\frac{1}{2}$, ja 1 $\frac{1}{2}$ und mehr ersanden worden sind. Selbstverständlich sind diese Löhne nicht von allen, sondern immer nur von einem Teil der Affordarbeiter erzielt worden, und jedenfalls auch nur bei wenigen Gelegenheiten. Leider lassen sich genaue Feststellungen darüber nicht machen, weil viele Affordarbeiter sich scheuen, wahrheitsgemäße Angaben zu machen.

Bei den höheren Löhnen und den höheren Affordpreisen glaubte die Mehrzahl der Maurer in Mannheim und Ludwigshafen, eine Organisation nicht nötig zu haben. Dies haben die Kollegen in den folgenden Jahren schwer büßen müssen. Als Handels- und Industriestädte hatten Mannheim und Ludwigshafen unter der Krise, die 1901 einsetzte, schwer zu leiden. Die Bautätigkeit ging bis auf ein Drittel zurück. In den Jahren 1902, 1903 und 1904 waren mitten im Sommer Hunderte von arbeitslosen Maurern vorhanden. Da keine, oder vielmehr nur eine sehr schwache Organisation vorhanden war, so benutzten die Unternehmer dies zu einer unbeschränkten Lohn- und Preisdrückerei.

In den Jahren der Hochkonjunktur waren die Stundenlöhne teilweise bis auf 60 $\frac{1}{2}$ und darüber gestiegen, in den folgenden Jahren sind sie gesunken bis auf 40, teilweise sogar auf unter 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Dasselbe geschah mit den Affordpreisen. In diesen Fällen wurde nicht mehr der übliche Stundenlohn verdient. Einzelne Parteien teilten am Tagelohn pro Stunde nur 35 $\frac{1}{2}$, andere gar nur 28 $\frac{1}{2}$ aus. Im Arbeit zu erhalten, entfiel ein wilder Konkurrenz-

kampf. Eine Partei unterbot die andere in den Preisen, um die Arbeit an sich zu reißen. So war die Situation im Jahre 1904, wie wir mit dem Plane einer Lohnbewegung hervortraten.

Wir waren uns von vornherein bewußt, daß wir ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden hätten, bis es möglich sein würde, in dies wilde Chaos Ordnung zu bringen. Wir hatten uns nicht getäuscht. Die Tagelohnarbeiter verlangten die Befestigung der Affordarbeit. Ein großer Teil der Affordarbeiter wollte hieron nichts wissen. Wir hatten außerdem die Lehre vom Jahre 1899 aus Ludwigshafen vorliegen. Hier sei eine kleine Abschweifung gestattet. Aus dem Meiserat Paplows in Berlin, sowie aus einigen bisherigen Artikeln im „Grundstein“ klingt der Wunsch nach einer Reform der Affordarbeit hindurch. Was hier leise (?) hervor klingt, das haben wir in Mannheim-Ludwigshafen getan. Wir haben eine Reform der Affordarbeit durchgeführt. Gatten wir den Aufschwüngen im Verbands, sowie den Anträgen der Tagelohnarbeiter stattgegeben, so hätten wir von vornherein einige hundert Maurer gegen uns gehabt. Wir wären dann nicht in der Lage gewesen, eine alle Maurer umfassende Organisation aufzubauen und die Lohnbewegung glücklich durchzuführen. Es war nicht leicht, eine Vorlage zu fassen zu bringen, die die Zustimmung aller Kollegen finden konnte. Der Gauborstand, der Zweigvereinsvorstand, die Baustellenvorstände, die Lohnkommission und eine Anzahl älterer Partieführer haben an der Aufstellung der Forderungen mitgearbeitet. Viele Sitzungen haben stattgefunden. Die Vorlage wurde dann den Baustellenversammlungen zur Beratung und Meinungsäußerung überwiesen. Die gestellten Änderungsanträge wurden dann in der Kommission geprüft, das Brauchbare eingeschaltet und die ganze Vorlage nochmals an die Baustellen verwiesen. Darauf abermalige Kommissionsberatung. Dann erst sind wir in die öffentlichen Versammlungen mit der Vorlage gegangen. Wir können somit sagen, daß an der Aufstellung der Forderung fast alle Mitglieder mitgearbeitet hatten. Der Plan einer Reform der Affordarbeit gipfelte hauptsächlich in folgenden Forderungen: 1. Garantierung des vereinbarten Stundenlohnes. 2. Einheitsliche Affordpreise. 3. Gleichmäßige Verteilung des Verdienstes an die Beteiligten. Durch das fortgesetzte Anwachsen der Mitgliederzahl sahen die Unternehmer, wohin der Weg ging, und im Winter von 1904 zu 1905 gelang es, durch Unterhandlungen die Lohnbewegung glücklich durchzuführen, und damit war auch die Reform der Affordarbeit erreicht. Das Preisverzeichnis enthält 64 Positionen, die die Hauptarbeiten eines Bauwerkes umfassen, und hat nachträglich durch die Schlichtungskommission noch eine Ergänzung erfahren.

Saben wir nun durch die Reform ein befriedigendes oder ideales Verhältnis erreicht?
Diese Frage können wir heute bereits mit Nein beantworten.

Und so wird es in allen Orten gehen, wo man eine Reform erstreben will. Obwohl wir in unserem Preisverzeichnis überall eine 10–15prozentige Erhöhung vorgegeben hatten, stehen die Affordpreise in gar keinem Verhältnis zu den Stundenlöhnen.

Folgende Gegenüberstellung einzelner Positionen mag dies beweisen. Die Stundenlöhne betragen in den Jahren:

1890.....	23 $\frac{1}{2}$	1895.....	35 $\frac{1}{2}$
1895.....	29	1900.....	45 $\frac{1}{2}$
1890.....	32	1905.....	50

Also im Zeitraum von 25 Jahren mehr als eine Verdoppelung.

Wie steht es nun mit den Affordpreisen? Es wurde bezahlt 1890:

Für das Kubikmeter Bruchsteinmauerwerk.....	M. 2,80
„ „ „ Backsteinmauerwerk.....	2,50
„ „ „ Stützen und Uebertragen pro qm. Meter.....	—,25
„ „ „ das Quadratmeter Deckenputz.....	—,50
„ „ „ Wandputz.....	—,25
„ „ „ Zementverputz mit Glätten.....	1,—

Die Stodulage für das Backsteinmauerwerk betrug von Stad zu Stad 50 $\frac{1}{2}$; die Deckungen wurden mitbezahlt.

Im Jahre 1898 wurde bezahlt:

Für das Kubikmeter Bruchsteinmauerwerk.....	M. 2,80
„ „ „ Backsteinmauerwerk.....	2,65
„ „ „ Stodulage.....	nur —,30
„ „ „ Stützen und Uebertragen pro qm. Meter.....	—,25
„ „ „ das Quadratmeter Deckenputz.....	—,50
„ „ „ Wandputz.....	—,25
„ „ „ Zementverputz ohne Glätten.....	—,50

Die Deckungen wurden mitbezahlt.

Im Jahre 1905 wurde bezahlt:

Für das Kubikmeter Bruchsteinmauerwerk.....	M. 2,80
„ „ „ Backsteinmauerwerk.....	3,20
„ „ „ Stodulage 50 $\frac{1}{2}$, Deckungen jedoch abgezogen.....	—
„ „ „ Stützen und Uebertragen pro qm. Meter.....	—,25
„ „ „ das Quadratmeter Deckenputz.....	—,55
„ „ „ Wandputz.....	—,30
„ „ „ Zementverputz.....	—,60

Während sonach die Stundenlöhne mehr als verdoppelt sind, wurden die Affordpreise fast gar nicht verändert. Wenn heute bei diesen Preisen etwas über den üblichen Stundenlohn hinaus verdient werden soll, so kann das nur durch übermäßige Anstrengung erreicht werden.

Außer den 64 Positionen des Tariffs gibt es natürlich noch eine Reihe weiterer Arbeiten, die der freien Vereinbarung unterliegen sollen. Hierüber enthebt man fast immer Streit. Die Unternehmer erklären vielfach, macht es nur, wir werden nachher schon einig. Doch hinterher wird fast immer versucht, die Maurer über das Ohr zu hauen.

Es ist Streit über das Abladen der Bausteine entstanden, Streit über die Betonarbeiten, über das Verlegen der Haupteine, Verlegen der Träger. Dergleichen entfiel Streit über die Bezahlung der Aufsicht, des Verblendens, des Abwagens und des Ausfüllens, über Bezahlung der Balkenträger, über die Stodulage, das Rüsten usw. usw. Keine Woche, so fast kein Tag vergeht, ohne daß Beschwerden kommen. Die Schlichtungskommission

und die Gewerbegerichte haben sich wiederholt mit den Streitigkeiten beschäftigen müssen. Verschiedene Unternehmer lassen die gute Arbeit im Tagelohn herstellen, die schlechte — woran nichts verdient wird — in Afford. Oft wird Geld einbehalten, das die Maurer nachher trotz aller Mühe nicht erlangen können. Der Unternehmer schämt vor, daß dies oder jenes Stück Arbeit schlecht ausgeführt sei und weigert sich deshalb, zu zahlen. Da ja beinahe ausschließlich der Affordarbeit die Qualität immer leidet, so ist der Unternehmer jedesmal im Vorteil.

Ein Teil der Partieführer hat nach wie vor versucht, die Maurer zu betrügen. In manchem Fall ist es ihnen gelungen und gelingt es noch. Trotz des Tarifes und der festgesetzten Preise werden Sondervereinbarungen mit niedrigeren Preisen getroffen, die nur durch Zufall zu unserer Kenntnis kommen. Uneinigkeit und Streit sind nach wie vor unter den Kollegen vorhanden. Daraus ergibt sich man mit aller Deutlichkeit, daß auch eine Reform der Affordarbeit ihre Mißstände nicht beseitigt. In anderem Sinne als hier würde in anderen Orten eine Reform wohl kaum erfolgen können. Und gerade so wie hier würde man überall damit flasko machen. Die Affordarbeit wird immer den Geistes, die Unzufriedenheit wecken und forumpierend wirken. Viele unserer hiesigen Kollegen, die vor einigen Jahren noch stritte an der Affordarbeit hingen, sind seither zur Einsicht gekommen. Die Gründe für die Affordarbeit schwinden auch immer mehr. Durch Erhöhung der Stundenlöhne (Mit als Hauptargument. Die Leben von mehr Freiheit usw. waren von jeher eingeclündet. Schwache Arbeiter oder minderwertige Kräfte wurden von selbst aus den Parteien ausgeschlossen, die anderen brauchten keine Treiber, sie trieben sich selbst genug.

Doch nun zum Schluß die Frage: Was sollen wir tun? Auf dem nächsten Verbandstage wird die Frage noch nicht spruchreif. Über nach dem Verbandstage sollte eine planmäßige, systematische Agitation stattfinden. Der Verbandsvorstand sollte die Schäden der Affordarbeit in kurzer Form zusammenfassen und sie dann gewissermaßen als Morallehre allen Mitgliedern mit auf den Weg geben. Darauf sollte durch Urabstimmung festgelegt werden, wie viel Anhänger der Affordarbeit noch vorhanden sind. Es dürfte sich dann herausstellen, daß 95 pSt. aller Mitglieder gegen den Afford sind. Von den verbleibenden 5 pSt. dürfte ein erheblicher Teil einsichtig und diszipliniert genug sein, sich der übergroßen Mehrheit anzuschließen.

Dem übernächsten Verbandstage dürfte es dann am leichtesten sein, einen bestimmten Beschluß herbeizuführen.

R. Sörter.

Gau Oberhessen.

Die Affordarbeit hat im ganzen Gau Verbreitung gefunden, doch ist Affordmauern vollständig ausgeschlossen; die Kubarbeit wird zum allergrößten Teil von den Kollegen, die auch vorher beim Mauern mit tätig waren, ausgeführt; ab und zu macht sich auch eine Affordkolonne in Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz auf kurze Zeit bemerkbar, die aber immer wieder verschwinden muß und erst dann auftauchen kann, wenn ihr Gelegenheit geboten ist, die Werd- und Pfuscharbeit wieder etliche Wochen zu betreiben. Eine Statistik der fünf größten Orte gibt hierüber näheren Aufschluß:

Ort	Zahl der Unter-nehmer	Zahl der be- schäft. Maurer	Davon arbeiten im Afford	Innenputz pro Quadratmeter		Außenputz pro Quadratmeter	
				Band	Decke	Band	Decke
Beuthen.....	18	351	4	—	17	80	—
Gleiwitz.....	19	350	20	—	20	80	—
Kattowitz.....	24	514	59	19	28	24	100
Königsbrille.....	16	226	37	14	20	26	80
Wobbe.....	10	320	—	—	—	—	—
Summa.....	87	1761	120				

Alle sehr hängen die Kollegen an der Affordarbeit nicht, da sie zum allergrößten Teil, wenn Affordarbeit ausgeführt wird, um den Mehrverdienst vom Unternehmern geprellt und nur mit dem Stundenlohn, der für die Maurer üblich ist, entlohn werden.

So manche Kolonne, die recht viel verdienen wollte und deshalb von früh 5 bis Abends 8 Uhr schuftete, ist schon derb über Ohr gehauen und selbst vom Gericht abgeurteilt worden, weil schriftliche Abmachungen nicht vorhanden und mündliche Vereinbarungen nur mit einem Kollegen getroffen waren, die vom Unternehmer vor Gericht bestritten wurden. Aus all dem ist ersichtlich, daß es Beiräte gibt, wo monatelang nicht eine einzige Stelle in Afford geschwungen wird; aber auch hier wird es nur durch Aufklärung möglich sein, der Affordarbeit näher auf den Leib zu rücken, um sie endgültig zu beseitigen. Hermann Baude.

Amerikanische Arbeiterverhältnisse.

Im „Hamburger Echo“ finden wir folgende interessante Mitteilungen, die aus dem amtlichen Bericht von der Weltausstellung in St. Louis vom Jahre 1904 stammen:

„Auf Grund der in Chicago gesammelten Erfahrungen mußte dann geredet werden, bei dem Aufbau der Ausstellung ungelösten Schwierigkeiten durch die Besondereit amerikanischer Arbeiterverhältnisse zu begegnen.“

Die amerikanischen Bauarbeiter besitzen, auch soweit es sich um ungelernete Arbeiter handelt, eine ungewöhnlich feste Organisation, und ihre Gewerbevereine (Unions) gehören zu den mächtigsten innerhalb des großen Verbandes der „American Federation of Labor“. Die von den Gewerksvereinen des Baugewerbes fast überall durchgeführten Grundzüge lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Die Arbeitszeit beträgt durchgehends acht Stunden. An Sonntagen wird nachmittags niemals gearbeitet. An Sonntagen darf gearbeitet werden, jedoch nur bei doppelter Lohnung.

2. Tarifvereinbarungen werden nur in den seltensten Fällen geschlossen, vielmehr gilt es im Gegenzug zu vielen anderen Verufen als erlaubt, eine Steigerung der Löhne bis zur größtmöglichen Höhe durch plötzliche Arbeits-einstellungen herbeizuführen.

3. Die einzelnen Gewerkschaften sind in zumtägiger Weise voneinander scharf abgegrenzt; es bestehen genaue Vorzeichen darüber, welche Arbeiter die verschiedenen Bauhandwerker (Fußer, Modelleur, Bildhauer usw.) ausführen dürfen. Es wird niemals geduldet, daß das Mitglied eines Gewerkschafts Arbeiten ausführt, die in das Bereich eines anderen gehören.

4. An jeder Arbeitsstelle, wo Vereinsmitglieder beschäftigt sind, muß ein Vorarbeiter (Foreman) angestellt werden, der nicht mitzuarbeiten, sondern nur die Arbeit der anderen zu überwachen hat. Daneben bestehen sogenannte Wanderdelegierte (Roaming delegates), die auf die Durchführung der Vereinsvorschriften zu achten haben.

5. Die Vereine (Unions) erheben hohe Eintrittsgelder, die betragen für St. Louis zwischen 25 und 75 Dollars.

6. Es ist den Mitgliedern grundsätzlich untersagt, mit Nicht-Mitgliedern zusammen zu arbeiten.

Die Durchführung dieser Grundzüge war den Gewerkschaften in St. Louis dadurch erleichtert worden, daß für Ausstellungsbauten mit Zustimmung der Ausstellungsgesellschaft von vornherein nur organisierte Arbeiter eingestellt wurden; Nicht-Mitglieder konnten nur schwer und in Ausnahmefällen auf der Ausstellung Arbeit erlangen. Durch wiederholte Arbeits-einstellungen, unter denen auch der Bau des Deutschen Hauses leiden mußte, hatten die Gewerkschaften bis zum Frühjahr 1904 die Löhne so gesteigert, daß Ende April an Fußer und Waler Stundenlöhne von 1 Dollar und darüber, an Zimmerleute von 75 Cent bezahlt wurden, die bei Sonntagsarbeit auf das Doppelte stiegen. Dabei wurde seitens der deutschen ausführenden Architekten und Unternehmer hervorgehoben, daß die Leistungen der amerikanischen Arbeiter vielfach hinter denen der deutschen zurückblieben. Die angeführten Grundzüge sind für die Durchführung des Aufbaues einer Weltausstellung ungemein störend; in den letzten Wochen vor Eröffnung einer Ausstellung ist erfahrungsgemäß die Ueberforderung der gewöhnlichen Arbeitszeit unerlässlich. Auch die scharfe Abgrenzung der Arbeiten durch die Gewerkschaften nach einzelnen Arbeitszweigen wirkte auf den Fortschritt namentlich der Dekorationsarbeiten äußerst hemmend, da oftmals die einfachsten Arbeiten nicht von denselben Arbeiter ausgeführt werden durften, sondern an Arbeiter verschiedener Gewerkschaften vergeben werden mußten. Beispielsweise mußten zur Ausführung einfacher Studenarbeiten wiederholt zugleich Arbeiter der Gewerkschaften der Modelleur, der Statueteure und der Zimmerleute angenommen werden. Vor allem aber betraf die Erhebung hoher Beiträge von ihnen in keiner Weise mit den Prinzipien internationaler Weltausstellungen.

Die Vereinigten Staaten hatten für die Zwecke der Weltausstellung durch besonderes Gesetz das sogenannte Kontraktarbeitergesetz aufgehoben, durch welches die Einwanderung von Arbeitern, die sich bereits in einem bestimmten Vertragsverhältnis befinden, verboten wird. Hieron Gebrauch machend, hatten der Reichskommissar und auch deutsche Aussteller zur Ausführung der überaus mühsamen, sorgfältig und Sachkenntnis erfordernenden Montierungsarbeiten, besonders der Räume im Deutschen Hause und in der kunstgewerblichen Abteilung, geliebte deutsche Tischler, Schlosser, Waler, Statueteure, Zimmerleute, Tapezierer und andere Arbeiter hinüberkommen lassen. Die Zahl derselben war mit Rücksicht auf die hohen, damit verbundenen Kosten — die Reise und die Vergütung während derselben erforderte allein auf den Kopf eine Ausgabe von 1 900 bis 1000 — auf das notwendige beschränkt, und es war vorgesehen, die anderen gewöhnlichen Arbeiten durch in St. Louis anzunehmende amerikanische Arbeiter ausführen zu lassen. Der Beschäftigung deutscher Arbeiter fehlten die Gewerkschaften von St. Louis den stärksten Widerstand entgegen. Sie verlangten, daß die deutschen Arbeiter dem betreffenden Verein beitreten und das hohe, auf lebenslängliche Zugehörigkeit berechnete Eintrittsgeld für die wenigen Wochen ihrer Beschäftigung in der Ausstellung bezahlen und sich allen Vorschriften der Gewerkschaften, insbesondere auch der Beschränkung auf bestimmte Arbeiten unterwerfen, im Weigerungsfalle drohten sie, über sämtliche deutschen Bauten die Arbeitsperre zu verhängen. Die deutschen Werkführer und Arbeiter lehnten die Zahlung des Eintrittsgeldes ab und verwiesen die Beamten der Gewerkschaften an den Reichskommissar. Dieser verzweigte grundsätzlich die Zahlung des Eintrittsgeldes, da eine Durchführung der von den Gewerkschaften gestellten Forderungen die im Programm der Weltausstellung ausdrücklich hervorgehobene Absicht verbinde hätte, gerade die verschiedenen nationalen Arbeitsmethoden im Wettstreite vorzuführen, und er sich nicht für berechtigt hielt, daß das die Aufsicht führende Bauoberhaupt vorher nicht gesehen hat. Die äußeren Träger, 32-Profile, sind auf dem Stütz durch zwei Reihen von Flacheisen 80 x 10 hergestellt. Die Verankerung des Stütz mit oben umgebender Last besteht aus zwei Stütz 1/2 M. Mutterstücken. Wenn die Verankerung derartiger Stütz wäre, daß die Lasten innerhalb des Trägers eingepaßt, also eine Breite von 26 cm haben, müßten dieselben durch 8% M. Mutterstücken befestigt werden, so wäre es nicht möglich gewesen, daß die äußeren Träger sich durchbiegen konnten und dadurch die mittlere Säule sowie die Träger den Halt verloren hätten. Die Verankerung des ganzen Gebäudes erscheint uns viel zu schwach und mangelhaft, so daß wir den Einfluß auf die hier angeführten Mängel zurückzuführen glauben: Zwei Metallarbeiter, die schon längere Zeit an derartigen Eisenkonstruktionen gearbeitet haben, äußerten vor zwei drei Wochen Bedenken über die Tragfähigkeit der unteren Etage. Wir fragten hiermit an, hat die aufstehende Behörde die Aufstellung des Eisengerüsts vorher, ehe mit der zweiten Etage begonnen wurde, sorgfältig auf deren Tragfähigkeit untersucht? Wenn ja, so fragen wir weiter, sind den mit der Kontrolle betrauten Personen nicht Bedenken aufgefallen über die von uns angeführte Verankerung und Verankerung des Baues? Wie uns von glaub-

Soweit der Bericht des Reichskommissars über amerikanische Arbeiterverhältnisse. Trotz des amtlichen Urteils dieser Darstellung glauben wir sie in einigen Punkten in Zweifel ziehen zu müssen. Die Höhe des Eintrittsgeldes beträgt 4. B. bei unserer nordamerikanischen Bruderorganisation nicht 25 bis 75, sondern im Maximum 25 Dollars. Sie ist auch der American Federation of Labor nicht angeschlossen, wie man nach dieser Darstellung annehmen könnte. Wir hoffen, darüber bald authentische Mitteilungen bringen zu können.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 4. bis 10. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der deutschen Verwaltung in New York 25 400, Blankenburg a. Harz 800, Blomberg i. Lippe 800, Albershof 200, Rothemühl 160, Jordan-Paradies 100, Summa 1460.

Zufüsse erhielten: Eggenstedt 100, Geseke 100, Hagen i. Westf. 50, Werl 50. Summa 400.

Altona, den 10. November 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorfällen, Überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen eines jenseitigen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Am Dienstag, den 6. November, ereignete sich hier am Rathausbau ein Unglücksfall, indem zwei ältere Mauer und ein Arbeiter 3 m herunterfielen. Die Verletzungen sollen nicht sehr schlimm sein. Das Unglück entstand dadurch, daß ein Kiesel wahrscheinlich schief war. Ein Fangeriff war nicht vorhanden. Die Arbeiter werden vom Maurermeister Sobmann ausgeführt. Schutzbau und sonstige Abdeckungen fehlen hier gänzlich. Die Polizei kümmert sich um solche Sachen gar nicht.

Freitag, Montag, den 6. November, ereignete sich ein tödlicher Unfall auf dem Grundriss der Fabrikstraße an der Ludwigstraße. Dort war der Mitinhaber der Schornsteinbaufirma Louis Weiler & Sohn, Louis Weiler jun., mit Reparaturarbeiten an einem in Betrieb befindlichen Schornstein beschäftigt und stürzte plötzlich aus einer Höhe von 30 m ab. Die Arbeiten wurden von einem Bodengrüt gemacht. Weiler verstarb während des Transports nach dem Krankenhaus an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Schädeldurchdringung, Arm- und Beinbrüche. Die genauen Ursachen des Unfalls konnten nicht ermittelt werden.

Am Dienstag, den 6. November, Abends gegen 6 Uhr, stürzte in Gasse der dreistöckige Neubau des Unternehmers Klute in Gasse an der Kölner- und Gerichtsstraßen Ecke zusammen. Die Mauer hatten wegen eingetretener Dürre mit 1/2 m Feuertafel gemacht, um sieben Italiener der Firma Lufschiff & Co. waren noch mit Betonarbeiten in der ersten Etage beschäftigt. Vier davon konnten sich noch rechtzeitig durch Abpringen in Sicherheit bringen, während drei unter den zusammenfallenden Massen von Steinen, Balken und Eisenträgern begraben wurden. Einer von den Verletzten, der anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten hat, wurde mittels Tragbahren zum Krankenhaus gebracht, während die beiden anderen Verletzten sich selbst von der Baustelle wegbegeben konnten. Es erscheint geradezu als ein Wunder, daß der Einsturz so glimpflich abgelaufen ist, wenn man bedenkt, daß der Neubau an einer der verkehrsreichsten Straßen von Gasse aufgeführt wurde. Hatten doch die herabfallenden Steine fast das ganze Trottoir und den Durchgang des Nebenhofes verdeckt. Selbst in das Fenster des Nebenhofes fielen Steinmassen und richteten in der Wohnung einer Kugelmagazin große Zerstörungen an. Eine Frau, die mit ihren Kindern vor dem Schaufenster des Hauses stand und im Augenblick des Einsturzes in den Laden trat, wurde vor Schreck ohnmächtig. Das Haus war ein Spekulationsgebäude, dessen Parterre zu Läden eingerichtet war, und ruhte auf den beiden äußeren Seitenwänden, auf eisernen Säulen und Trägern. Im 1. Stockwerk waren die Italiener mit der Herstellung der Betondecke beschäftigt. Auf der zweiten Etage lagen Holzbohlen, während die dritte Etage bereits bis zur Wallenlage hochgemauert war. Der Bau sollte vier Stockwerke erhalten und war schon zum 1. Februar vernietet. Unserer Uebersetzung nach ist die mangelhafte Eisenkonstruktion Schuld an dem Einsturz. Die Verankerung ist so mangelhaft, daß man sich wundern muß, daß das die Aufsicht führende Bauoberhaupt vorher nicht gesehen hat. Die äußeren Träger, 32-Profile, sind auf dem Stütz durch zwei Reihen von Flacheisen 80 x 10 hergestellt. Die Verankerung des Stütz mit oben umgebender Last besteht aus zwei Stütz 1/2 M. Mutterstücken. Wenn die Verankerung derartiger Stütz wäre, daß die Lasten innerhalb des Trägers eingepaßt, also eine Breite von 26 cm haben, müßten dieselben durch 8% M. Mutterstücken befestigt werden, so wäre es nicht möglich gewesen, daß die äußeren Träger sich durchbiegen konnten und dadurch die mittlere Säule sowie die Träger den Halt verloren hätten. Die Verankerung des ganzen Gebäudes erscheint uns viel zu schwach und mangelhaft, so daß wir den Einfluß auf die hier angeführten Mängel zurückzuführen glauben: Zwei Metallarbeiter, die schon längere Zeit an derartigen Eisenkonstruktionen gearbeitet haben, äußerten vor zwei drei Wochen Bedenken über die Tragfähigkeit der unteren Etage. Wir fragten hiermit an, hat die aufstehende Behörde die Aufstellung des Eisengerüsts vorher, ehe mit der zweiten Etage begonnen wurde, sorgfältig auf deren Tragfähigkeit untersucht? Wenn ja, so fragen wir weiter, sind den mit der Kontrolle betrauten Personen nicht Bedenken aufgefallen über die von uns angeführte Verankerung und Verankerung des Baues? Wie uns von glaub-

würdiger Seite mitgeteilt wurde, soll der Bau vor einiger Zeit auf Veranlassung der Behörde stillgelegt worden sein, um nachmalige Prüfung und Berechnung der Eisenkonstruktion auf ihre Haltbarkeit. Das Resultat dieser Untersuchung mußte der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Wir müssen im Interesse der allgemeinen Sicherheit und des Schutzes für Leben und Gesundheit des Publikums verlangen, daß die Behörde Aufklärung gibt. Es kann nicht geduldet werden, daß Leben und Gesundheit der bauausführenden Arbeiter, des passierenden Publikums und der eingehenden Mieter von spekulativen Unternehmern gefährdet werden. Hier muß die Behörde rücksichtslos einschreiten im Interesse der Staatsbürger. Die Mauerorganisation hatte dieser Tage in Gasse und Umgebung eine Bauteilkontrolle vorgenommen, deren Ergebnis wir der Behörde in Kürze mitteilen werden. Bei dieser Kontrolle haben sich die allergrößten Mängel herausgestellt, nicht nur in Bezug auf den stütz-sichernden Schutzbau, sondern auch auf Abdeckungen, Schuttbau, Leitungen usw. Am schlimmsten sah es ja am Neubau Schöne, Gasse, an der Berlinerstraße aus. Der Neubau ist schon unter Dach, trotzdem waren in zwei Etagen noch keine Schuttbau. Am Abend, wo das Unglück passierte, schritten Abends um 7 1/2 Uhr bei ganz unangenehmer Beleuchtung mehrere Arbeiter an diesem Bau Schuttbau ein; statt daß diese gefährliche Arbeit bei Tageslicht ausgeführt wird und dann einige Arbeiter hinzulegen, damit eine Gefahr des Herabfallens vermieden wird, läßt es hier der Unternehmer zu, daß die Arbeiter Nacht um Nacht auf freilegenden Balken herumtollen. Weiter arbeiten an demselben Bau am Mittwoch Abends mehrere Arbeiter nach 8 Uhr, also bei vollständiger Dunkelheit, ohne jegliche Beleuchtung, in der fünften Etage am Erker. Wir konnten von unten aus die Personen nicht erkennen, sahen nur einen dunklen Schatten und hörten das Klappen mit Hammer und Kelle. Ist das nicht himmelschreiend, daß der Unternehmer Schöne solches duldet? Natürlich arbeiten in Gasse an dem Neubau Schöne, Rangstraße, die Mauer ebenfalls noch zwölf Stunden. Wie die Behörde solche gefährliche Arbeiten duldet, kann verstehen, wer will, wir nicht. Immer mehr drängt sich die Frage auf: Wann endlich wird der Bauarbeiterschutz rechtsgesetzlich geregelt? Diesen Winter wird der von der sozialdemokratischen Fraktion ausgesandte Bauarbeiterschutzgesetzentwurf abermals den Reichstag beschäftigen. Wir möchten schon jetzt angesichts der sich täglich häufenden Unglücksfälle den Vertreter des Wahlkreises Gasse-Schöne, Herrn Ersten Bürgermeister Cuno, auf diese Debatte im Reichstage aufmerksam machen und fordern ihn auf, mit aller Energie für den Entwurf einzutreten, daß er bald Gesetz wird, damit den Baupolizisten und gewissenlosen Unternehmern ihr gemeingefährliches Treiben gelegt wird. Wir haben jetzt eine Menge Material in Händen, das wir Herrn Cuno für diese Debatte gern zur Verfügung stellen. Die Mängel auf den Bauten in Gasse und Umgebung scheinen zum Himmel, trotz polizeilicher Verordnungen. Die Langmut der Bauarbeiter ist endlich erschöpft, in der sie bisher geduldet dem gefährlichen Kapitalismus ihre gesunden Knochen zum Opfer gebracht haben. Der scharfe Protest gegen die unzureichenden Bauarbeiterschutzbestimmungen hat bisher nicht genügt. Die Unternehmer produzieren weiter auf Kosten des Volkswohles und der Volksgesundheit. Und leider wird wir nicht einmal in der Lage, den einzelnen Unternehmer anzufassen, denn er ist machtlos. Das kapitalistische System der Erzeugung von Mehrwert treibt ihn dazu, er macht es eben nicht schlimmer als tausende seiner Kollegen. Unsere Anklage richtet sich gegen die Regierung und die Behörden, daß sie das nicht getan haben, was im Interesse der Allgemeinheit nötig war, um die Bauarbeiter gegen die Gefahren für ihr Leben und ihre Gesundheit zu schützen. Darum her mit dem Reichsausschuß, her mit dem Bauarbeiterschutz! Bauarbeiter, organisiert euch, Mann für Mann, gewerkschaftlich und politisch, dann wird es auch möglich sein, menschenwürdige Zustände zu erzielen, was man Euch heute freiwillig versagt.

Am 8. November, Nachmittags 2 1/2 Uhr, verunglückte am Kolonnenbau sieben Kollegen recht schwer. Die Verunglückten waren dabei beschäftigt, eine drei Meter schwere Eisentafel aufzuhängen, als plötzlich das Gerüst zusammenbrach und die Kollegen aus einer Höhe von 4 m herabfielen, wobei sie von dem mitabfallenden Gerüstzeug begraben wurden. Die Verletzten wurden von den übrigen Kollegen aus ihrer schrecklichen Lage befreit. Ein Militärarzt, der sofort zur Stelle war, leistete die erste Hilfe. Der Kollege Drepp, hat einen schweren Beinbruch, der Kollege Schellhorn eine Rippenverletzung, der Kollege Kleinhardt eine Rippenverletzung und der Kollege Schürmer einen Armbruch. Die Kollegen Müller und Wabe konnten die Arbeit wieder aufnehmen. Das Unglück wäre nicht so groß gewesen, wenn ein Fangeriff angebracht gewesen wäre. Unsere baugewerblichen Arbeiter mögen aus dem Unfall die Lehre ziehen, daß sie dem Bauarbeiterschutz größeres Interesse entgegenbringen, damit ähnliche Unfälle vermieden werden.

Obi an. Unser Verbandsmitglied Hermann Kynast ist Freitag, den 9. November, von der Leiter gestürzt. Der Kollege sollte Wolgen vergießen. Als er die Leiter hinausstieg, brach sie durch und der Kollege stürzte mit dem flüssigen Zement in die Tiefe. Der Kollege hat einen Beinbruch, davongetragen; er wurde sofort zum Arzt geschafft. Der Unfall ereignete sich auf dem Neubau der Schwellendrücke, Unternehmern Nippert. Erst vor kurzem stürzte auf demselben Bau ein Kollege aus einer Höhe von 8 m herunter. Er wollte die Fensterbänke einbauen. Als er nun einen Ziegel auf dem Boden stellte, um zu sehen, wie die Höhe paßt, rutschte der Boden, der auf einer ausgelegten Schicht ruhte, um, und der Kollege stürzte mit samt dem Boden vom Fenster herunter; er erlitt schwere Verletzungen und mehrere Hautabhebungen.

Sten d. l. Montag, den 6. November, Nachmittags um 4 1/2 Uhr, stürzte unser Verbandskollege Otto Faust am Neubau des Lieberbachsgebäudes am Bahnhof durch Unvorsichtigkeit aus der Höhe von 8 m in den Keller und erlitt einen Armbruch und mehrere Rippenbrüche. Der Kollege wurde mittels Krankenforders in seine Wohnung geschafft.

Am 8. November stürzte am Neubau des Realgymnasiums der bei der Betonbaugesellschaft Wees & Nees, Nürnberg, beschäftigte Arbeiter Wilhelm Friele aus Magdeburg von einem Aufzugsgerüst 8,70 m tief ab. Friele wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Er war an dem Unfalltag

erst dort in Arbeit getreten. Während einer kurzen Unterbrechung bei der Arbeit lehnte er sich an das am Aufzug befindliche Schutzelement an; dies mußte wohl nicht genügt haben, um ihn zu schützen, so daß er sich in den Aufzug hineingelassen hat. Am 6. November wurde er von dem Dachdecker Paul Stumpf von Hühnerberg ab; er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Stumpf war der einzige Erbnährer seiner alten Mutter. Am selben Tage wurde auch der 24 Jahre alte Arbeiter Georg Wed von Unterleinbach durch einfallende Erdmassen im neuen Rangierbahnhof Zell-Beitshaus heim verschüttet; er wurde dabei so schwer verletzt, daß er mittels Wagen in das Justizspital gebracht werden mußte.

*** Zum Gerüstbau am hiesigen Volkshausbau** nahmen die hiesigen Kollegen in einer am 6. November abgehaltenen Versammlung des Zweigvereins Stellung. Der Kollege Rohlfahrt arbeitet an diesem Unglücksfall, er gab der Versammlung einen Bericht über seine Wahrnehmungen vor und während des Unfalls. Sein Urteil deckt sich mit dem, was wir in einer früheren Nummer darüber geschrieben haben. Der Kollege soll nochmals auf die Wichtigkeit des Gerüstes aufmerksam gemacht werden, ohne daß dies jedoch Erfolg gehabt hätte. Viel Schuld wird auch der Gerüstformel beigemessen und unseres Erachtens mit Recht. Es wurde auch vom Kollegen Rohlfahrt bestätigt, daß nach dem Unfall sofort Wahlen und Wetzter herbeigeführt wurden, um die notwendigen Abdeckungen und Schutzvorrichtungen schnell nachzuholen. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in der es heißt: Die Versammlung spricht dem Unternehmer und seinem Stellvertreter die größte Mißbilligung aus, ... ebenso den dort beschäftigten Arbeitern, die nicht auf Abstellung der Mißstände drangen, obwohl sie ihnen bekannt waren. Auch das Arbeitsblatt bekam eine Rüge, weil es keine Kritik der vorhandenen Mißstände veröffentlicht habe. Die Disziplinäreinstellung schloß sich alle der von uns geübten Kritik an.

Unseres Erachtens liegt der Fehler darin, daß man sich bei der Vergütung der Arbeiter an die Unternehmer nicht den nötigen Einfluß auf die Ausführung der Arbeiten gesichert hat. Die Volkshauskommission hat jedenfalls das Hauptgewicht auf einen geschäftlich recht günstigen Ablauf gelegt und diese Seite der Sache ganz außer Betracht gelassen. Hat sie sich doch diesen Einfluß gesichert, so hat sie ihn nicht ausgenutzt, und das ist eben unverantwortlich. Wir können nicht annehmen, daß in dieser Kommission kein Vertreter der baugewerblichen Gewerkschaften gewesen haben soll. Dieser oder diese Vertreter hätten besonders die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, daß der Unternehmer zur fristigen Innehaltung der in Frage kommenden Schutzvorschriften angehalten werden konnte und auch tatsächlich wurde. Daß hier anscheinend nicht geschehen, im Gegenzug zu Samburg, wo sich die Gewerkschaften augenblicklich ebenfalls ein eigenes Heim errichten. Hier hatte man sich diesen Einfluß gesichert und hat auch den gehörigen Gebrauch davon gemacht. Darum ist auch dieser große, folge Bau fertiggestellt, ohne daß ein ernstlicher Unfall dabei vorkam. Mögen die Kreise, die es angeht, aus dem traurigen Vorkommnis in Halle die richtige Lehre ziehen!

*** Bauteilkontrolle in Leipzig.** Am 1. November wurde auf Veranlassung der Bauarbeitergewerkschaftskommission eine Kontrolle der Bauten vorgenommen, um festzustellen, wie die Unternehmer oder deren Beauftragte die von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften wie auch die baupolizeilichen und hygienischen Bestimmungen einhalten.

Die Kontrolle ergab denn auch, daß vieles noch im argen liegt, wenn sich auch die Zustände gegen früher etwas gebessert haben.

Es wurden im ganzen 256 Bauten verschiedener Art kontrolliert, von denen 172 im Stadtgebiet und 84 im Bezirk der Amtshauptmannschaft lagen. Von den 172 Bauten der Stadt waren 127 Wohnhäuser, 16 Fabriken, 7 städtische und Staatsbauten, 5 Bahnbauten, 7 Geschäftsbauten, und 10 Umbauten. Die 82 Bauten der Umgebung waren 61 Wohnhäuser, 8 Fabriken, 7 Staats- bzw. Gemeindebauten, 1 Bahnbau, 1 Schenke und 4 Umbauten.

Die Unfallverhütungsvorschriften im Stadtgebiet hingen auf 23 Bauten nicht aus, in 2 Fällen war der Ausgang gerissen usw. Oft hing nur ein Teil aus.

In 23 Fällen waren keine Verbauarbeiten vorhanden, vielfach waren sie als ungenügend zu bezeichnen. Eine Umweitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen fehlte, die nachfolgende Hilfstelle fand man nur auf 6 Bauten vor.

An Gerüsten wurden in 21 Fällen die Sockelbretter vermisst, die das Abfallen von Abfällen usw. verhindern sollen, 21 mal wurden Barriern als fehlend bezeichnet. In 6 Fällen war unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, kein völlig belegtes Gerüst angebracht, das ein Abfallen bis zum Erdboden hätte verhindern können. In weiteren 5 Fällen war für Dachdecker und Klempner kein Schutzgerüst angebracht, das gleichfalls zum Auffangen von Materialien dienen soll, um etwa darunter Arbeitende vor Unfällen zu hüten.

Die Balkenlage, auf der gearbeitet wurde, war in 8 Fällen nicht abgedeckt und in 4 Fällen war unter dieser keine völlig gelegte vorhanden. Weitergänge waren 18 mal in Ordnung. An Ausgängen und Arbeitsplätzen der Arbeiter waren in 3 Fällen kein Schutzdach. Auf 9 Bauten war die Balkenlage, beziehungsweise die Ausfälle, auf der Maler und Töpfer arbeiten, nicht mit Brettern abgedeckt, so daß ein Umkippen der Leitern durch Einfallen im Schutt nicht ausgeschlossen war. Treppen und Podeste waren auf 21 Bauten ohne Geländer.

Auf 16 Bauten waren die Arbeiter nicht sicher vor Abwurf aus offenen Fenstern und auf 4 Bauten arbeiteten Klempner und Dachdecker ohne Gurt und Seile. Die Baubühne fehlte auf einem Bau gänzlich, 16 mal war sie im Keller untergebracht. 2 Baubuden waren ohne Fenster, in 13 waren sie nicht zu öffnen, 4 hatten keine Fenster, 81 keine Tische, 8 keine Tische und Bänke. 13 Baubuden waren aus Brettern hergestellt, die in 5 Bauten mit als Lager für Baumaterialien verwendet wurden. Die Baubuden aus Brettern hergestellt gewahren oft nicht den Schutz, der zumal in der kalteren Jahreszeit gewährt werden soll. 13 Baubuden waren ohne Ofen. Sogar Kochöfen werden verwendet, in die der Wind durch alle Fugen pfeift.

Die Baubuden sind oft, man kann sagen nur für Maurer und Bauhandarbeiter da, während die Innenaarbeiter oft keinen verschließbaren Ankleideraum im Innern haben. Dieser Mangel wurde auf 12 Bauten angetroffen. Auf 4 Bauten war der Ankleideraum für die Maler, entgegen der Vorschrift, mit im Farbenraum, in einem Falle im Keller, untergebracht.

Die Abortverhältnisse spotteten mitunter jeder Beschreibung. Auf einem Bau war überhaupt keiner vorhanden. 13 Aborte waren so angelegt, daß man von außen hineinschauen konnte. 5 hatten kein wasserdichtes Dach, 15 keinen Fußboden, 4 keine Sitz- und Stohlbretter, bei 10 waren die Kotten zum Überlaufen, 20 hatten der Vorschrift zuwider keine wasserdichten Kotten. Auf 57 Bauten waren in den Etagen keine Urineimer aufgestellt.

Ein großer Mangel ist ferner das Arbeiten auf Bauten bei offenen Fenstern in den Wintermonaten. Die Arbeiter haben in ihrem Tarif festgelegt, daß vom 1. Oktober die Fenster geschlossen sein sollen. Die Arbeitsordnung besagt, daß am 1. November bis 31. März die Räume, in denen gearbeitet wird, mit Fenstern und Türen verschlossen sein sollen. Nichtsdestoweniger wurde bei der Kontrolle entdeckt, daß auf 23 Bauten diese Bestimmung nicht eingehalten wurde. Auf 4 weiteren Bauten wurde den Vorschriften nur mangelhaft entsprochen.

Soweit die Mißstände auf den Bauten in der eigentlichen Stadt. Nun zu den Bauten in der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Kontrolliert wurden 84 Bauten. Unter diesen 84 Bauten wurden aber nur 2 angetroffen, auf denen die Umweitung zur ersten Hilfeleistung ausging. Die Unfallverhütungsvorschriften nur auf 16 Bauten, Verbauarbeiten fehlten auf 17 Bauten. Geländete Bretter an Gerüsten fehlten bei 6 Bauten, an 11 Gerüsten waren keine Sockelbretter, an 12 keine Barriern. Auf 6 Gerüsten, auf denen gearbeitet wurde, wurde der Belag vermisst, an 5 Gerüsten fehlte das Schutzgerüst für Dachdecker und Klempner, 1 Gerüst war mangelhaft. Eine Balkenlage, auf der gearbeitet wurde, fand man nicht abgedeckt, bei 2 war das nur zum Teil der Fall, und zu einer offenen Balkenlage war der Zugang nicht abgeperrt. In 4 Bauten waren die Leitergänge nicht in Ordnung, auf 3 Bauten fehlten die Schutzdächer an den Ausgängen und Arbeitsplätzen der Arbeiter. Eine Balkenlage, wo Maler und Töpfer arbeiteten, war nicht mit Brettern bedeckt. Auf 9 Bauten waren an Treppen und Podesten keine Geländer, auf 11 Bauten lagerte auf Treppen und Gängen Baumaterial, Abfälle, Steinlücke u. dergl. In 3 Fällen waren die Arbeiter nicht sicher vor Abwurf aus offenen Fenstern.

Auf einem Bau fehlte die Baubühne, auf einem anderen war sie im Keller untergebracht. 2 Baubuden hatten keine Fenster, in 3 waren diese nicht zum Öffnen, 11 hatten keinen Fußboden, 23 keine Tische, 6 keine Tische und Bänke, 12 waren aus Brettern hergestellt und in 7 Baubuden wurden Materialien mit aufbewahrt. Ein verschließbarer Raum für Maler und Töpfer usw. fehlte auf einem Bau, im Farbenraum war er auf 2 Bauten, im Keller untergebracht auf einem Bau.

Aborte fehlten auf 2 Bauten. In 2 Aborte konnte man von außen hineinschauen, 3 hatten kein wasserdichtes Dach, 16 keinen Fußboden, 2 keine Sitz- und Stohlbretter; 3 wurden unrein vorgefunden. In 23 Aborten fehlten die Kotten und auf 19 Bauten waren keine Urineimer aufgestellt. Leider entfällt die amtschauptmannschaftliche Arbeitsordnung keine Bestimmung über die Notwendigkeit von Kotten in den Aborten und Urineimern auf den Bauten. Der Schutz vor Zugluft beginnt nach den Vorschriften in den Wintermonaten erst mit dem 15. November und endet bereits am 15. März. Auch eine Eingabe an die Amtshauptmannschaft am 8. November 1905, die die Veranlassung der Kontrolle des Rates der Stadt Leipzig gleichlautend zu fassen, wurde am 27. Juli 1906 der Bescheid gegeben, daß sie (die Amtshauptmannschaft) es nicht für zweckmäßig erachten könne, die von ihr erlassenen Schutzbestimmungen für Bauarbeiter mit denen des Stadtrats in Leipzig völlig in Übereinstimmung zu bringen. Die Kontrolle hat aber auch gezeigt, daß der Arbeiter noch sehr auf die Selbsthilfe angewiesen ist, wie er auch den berufsgenossenschaftlichen, baupolizeilichen und hygienischen Bestimmungen mehr Beachtung schenken muß. Die Ergebnisse der Kontrolle demonstrieren aber die Notwendigkeit der Anstellung von Baukontrolluren aus Arbeiterkreisen aufs neue, und es muß die Pflicht eines jeden Kollegen sein, diese Forderung zum Schutze seiner Gesundheit und seines Lebens fortgesetzt zu propagieren. Leider werden noch viel zu wenig von den Bauarbeitern die Gefahren beachtet, in denen sie fortwährend schwelgen.

Wie bei früheren Kontrollen, so wurden auch bei dieser die Kontrolluren von verschiedenen Bauten bewiesen, oft wurde ihnen aber auch in humaner Weise begegnet. Auch auf Staats- und Wohnbauten wurden sie nicht an der Ausübung der Kontrolle gehindert. Wo den Kontrolluren die Kontrolle verweigert wird, müssen die Arbeiter dies selbst tun und alle Mißstände dem Bauereibureau im Volkshauses, 2. Etage, melden. Bemerkte sie noch, daß den Kontrolluren der Zutritt zum Völlerschlagdenkmal verweigert wurde.

In nächster Zeit wird für die Bauarbeiter aller Berufs eine große öffentliche Versammlung stattfinden, die sich auch mit den Mißständen auf den Bauten beschäftigen wird.

Aus anderen Berufen.

*** Zur Vergarbeiterbewegung.** Der Vorstand des Vergarbeiterverbandes erläßt folgenden Aufruf:

Infolge der eingeleiteten Lohnbewegung in den Kohlenrevieren Deutschlands ist es dringend notwendig, allen Bezug nach dort fernzuhalten. Die Werksbesitzer machen jetzt so glänzende Geschäfte und die Lebensmittelpreise sind gerade in den Kohlenrevieren jetzt so ungeheuer hoch, daß die Arbeiter mit den jetzigen Löhnen unmöglich bei ihrer schweren Arbeit weiter existieren können. Da nicht nur in allen deutschen, sondern auch in vielen Kohlenrevieren der Nachbarländer die Vergarbeiter Lohnzulagen

verlangen, da ferner die Forderung einer fünfzehnprozentigen Lohnzulage äußerst mäßig und ohne Preissteigerung der Kohlen durchführbar ist, so hoffen wir auf schnelle und günstige Regelung der Frage. Um aber den Kampf nicht zu erschweren, ist es dringend nötig, daß im Inland sowie vom Auslande jedweder Zugang nach den Kohlenrevieren ferngehalten wird.

Diesen Aufruf haben wir bereits in Nr. 41 der „Vergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht, den auch die arbeitserfreundliche Presse weiter verbreitet hat. Tragend bringen es die Verwaltungen und ihre Helfershelfer noch fertig, fortgesetzt neue Arbeiter anzuwerben und ins Ruhrkohlenrevier zu schaffen. Allein der städtische Arbeitsnachweis in Frankfurt a. M. hat circa 1000 Arbeiter in den letzten Monaten für das Ruhrrevier beschafft.

Wir machen deshalb nochmals darauf aufmerksam, daß die Lohnbewegung im Ruhrrevier noch nicht abgeschlossen ist und daß jeder Zugang ferngehalten ist.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Die die Sozialreform die Unternehmer belastet.** Sehr interessante Ziffern teilt das „Reichs-Arbeitsblatt“ mit, indem es die Entschieden der Arbeiterversicherung seit Bestehen der Versicherungsgesetze in Tabellen zusammenstellt. Die kapitalistische Presse hat sich bereit, aus diesen Ziffern die herauszugreifen, die den Anschein erwecken, als werde unendlich viel für die Arbeiter getan. Hierfür eignen sich natürlich die Beitragsziffern vorzüglich. Es wird mitgeteilt, daß seit Bestehen der Versicherungsgesetze 6 627 559 586 Beiträge, und zwar von den Unternehmern 2 972 587 418, von den Arbeitern 2 723 431 182 und vom Reich 6 389 475 377 aufgebracht sind. Im Jahre 1904 zahlten die Unternehmer 804 703 201 und die Arbeiter 249 600 288. Gemäß einer verlässlichen hohe Summe. Täglich mehr als eine Million Mark. Wo gibt es Unternehmer, die ähnliches leisten? Wie Herr v. Rheinbaben fragen. Und doch schmilzt die verblüffend hohe Summe merkwürdig zusammen, wenn man sie näher betrachtet und die Frage aufwirft: Wie viel zahlt ein Unternehmer täglich für einen Arbeiter? Dieses kann man annähern mit Hilfe der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften feststellen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften werden sogenannte Rollarbeiter ausgerechnet. Räumlich je 300 Arbeitstage sind gleich einem Rollarbeiter. Die Zahl der Rollarbeiter ist natürlich kleiner als die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Aber an der Zahl der Rollarbeiter kann man die Zahl der geleisteten Arbeitstage feststellen. In den Betrieben der gewerblichen Berufsgenossenschaften und den Staatsbetrieben waren 1904: 7 496 516 Rollarbeiter beschäftigt, es wurden also 2 243 954 800 Arbeitstage geleistet. Rechnet man für jeden Arbeitstag 10 $\frac{1}{3}$, so bringt das schon die Summe von 2 243 954 800 Arbeitstage. Nun waren außerdem 11 188 071 Landarbeiter gegen Unfall versichert. Für diese kommt auf die Unfallversicherung und in den frib- und mitteldeutschen Staaten auch die Krankenversicherung in Frage. Rechnet man, daß jeder Landarbeiter durchschnittlich 200 Tage im Jahre arbeitet, und dann für jeden Arbeitstag einen Beitrag von 4 $\frac{1}{3}$, dann bringt das eine Summe von 89 512 368.

Es würde sich also folgende Rechnung ergeben:

Für 2 243 954 800 Arbeitstage gewerblicher Arbeiter à 10 $\frac{1}{3}$	2 243 954 800
Für 2 237 814 200 Arbeitstage landwirtschaftlicher Arbeiter à 4 $\frac{1}{3}$	89 512 368
Summa	2 333 467 168

Also das sind schon zehn Millionen Mark mehr, als tatsächlich von den Unternehmern bezahlt sind. Die Frage, wo es Unternehmer gibt, die an gewerbliche Arbeiter täglich 10 $\frac{1}{3}$ und an landwirtschaftliche Arbeiter 4 $\frac{1}{3}$ mehr Lohn zahlen als in Deutschland, wirt kein Kapitalistenblatt, ja selbst nicht einmal ein preussischer Finanzminister auf.

Polizei und Gerichte.

*** Der Streikbrecherhof vor Gericht.** Das Schworenengericht in Lugano (Italien) hat in dem Verleumdungsprozeß, den das Wohlthatigkeitsinstitut „Donomelli“ für den Schutz der italienischen Auswanderer gegen den Genossen Serrati als Redakteur des sozialistischen „Avvenire del Lavoratore“ angeklagt hatte, auf eine Selbstkrasse von 50 Frank erkannt. Das Institut „Donomelli“, das ja auch den deutschen Arbeitern als Streikbrecheragentur unliebsam bekannt ist — sein Organ ist die „Patria in Freiburg, die ja früher auch das italienische Verbandsorgan unserer „christlichen Freunde“ war —, war von der sozialistischen Zeitung in Lugano beschuldigt worden, mit einem Verräter, einem gewissen Tagliacarne, unter einer Decke gesteckt zu haben. Die Schworenengerichte den Wahrheitsbeweis des Angeklagten für erbracht, soweit es sich um die Behauptung handelte, das Wohlthatigkeitsinstitut hätte Tagliacarne in seinem Dienste gehalten, obwohl es ihn als Verräter kannte. Daß aber die Priester mit diesem Verräter den Ertrag seiner Gaunereien teilten, hat Serrati zum Anlaß der Verleumdungen nicht bewiesen, weshalb er zu 50 Frank Geldstrafe verurteilt wurde.

Dem „Vorwärts“ wird zu dieser Angelegenheit noch mitgeteilt: Der Ausgang des Prozesses gegen den Redakteur vom „Avvenire del Lavoratore“ in Lugano hat für die deutsche Arbeiterchaft insofern besonderes Interesse, als dieser Prozeß ein Vorspiel in Deutschland hatte. Der Bischof hatte gegen den Redakteur des von der Zentralkommission herausgegebenen „L'Operaio Italiano“, den Genossen Regien, Strafwallage wegen Verleumdung erhoben, weil er im „L'Operaio Italiano“ den Artikel mitgeteilt hatte, worin die „Donomelli“, die von dem Bischof ins Leben gerufene Organisation zur Unterdrückung der italienischen Auswanderer, die sich als Streikbrecherorganisation erwie, angegriffen wurde. Der Redakteur, dem „L'Operaio Italiano“ erklärte sich bereit, dem Bischof, der als Person nicht angegriffen war, eine Entschuldigung zu geben, nicht aber der von ihm

geleiteten „Bonomelli“ oder gar deren Blatt, der in Freiburg i. B. erscheinenden „Patria“. Der vor Gericht geführte Vergleich war am Tage, weil der „Nachweis“, daß die „Bonomelli“ wissentlich Betrüger und Fälscher in ihren Dienst genommen habe, hier am Orte nur unter Schwierigkeiten und Opfern zu erbringen wäre, die in keinem Verhältnis zu dem Werte des Objektes stehen. Der Klage gab dem Vertreter des Beklagten aber den Rat, die Klage, am Orte zu erheben, wo der Nachweis für die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen geführt werden könne, nämlich in Lugano, und der Vorsitzende des Gerichts erklärte, daß dies jedenfalls geraten und am Tage sei.

Der Ausgang des Prozesses hat nun erwiesen, daß der „Bonomelli“ und ihren Helfershelfern nicht Unrecht geschehen ist. In dem Urteil wird festgestellt, daß die Vertreter der „Bonomelli“ wußten, daß der Tagliacarne ein Betrüger und Fälscher war, den sie trotzdem in ihren Dienst nahmen. Als nicht haltbar erwiesen wurde die Behauptung angesehen, nach der die Vertreter der „Bonomelli“ Anteil an der Beute des Tagliacarne gehabt haben. Erwiesen ist, daß die Vertreter der „Bonomelli“ an den von Tagliacarne veranstalteten Gastmahlen teilgenommen haben, doch konnte nicht nachgewiesen werden, daß die Kosten dieser Gastmähler aus dem von Tagliacarne erzwungenen und gestohlenen Gelde gedeckt worden sind. Nur wegen dieser nicht erweisbaren letzteren Behauptung wurde der Angeklagte zu 500 Franc Geldstrafe verurteilt, die er aber nur dann zu zahlen hat, wenn er in der gleichen Sache in nächster Zeit wieder verurteilt werden sollte. Das Urteil kommt somit nahezu einer völligen Freisprechung des Angeklagten gleich. Auch die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte nur zur Hälfte zu tragen, die andere Hälfte hat die „Bonomelli“ zu bedenken, die nicht nur eine Verurteilung des Angeklagten, sondern auch noch einen Schadenersatz von 400 Franc gefordert hatte.

Die Kritische Presse suchte es seinerzeit darzustellen, als sei mit dem Verdict, den der Oberste vom „Operetta Italiano“ im Juli d. J. vor dem Amtsgericht in Berlin schloß, die Reinheit der „Bonomelli“ und ihrer Vertreter erwiesen. Sie konnte sich nicht genug darin tun, unsere Presse der falschen Versicherung zu bezichtigen. Nunmehr ist die „Bonomelli“ in dem Urteil des Gerichts in Lugano als das dargestellt, was sie tatsächlich ist, aber die Kritische Presse hätte sich wohl, ihren Lesern hierbon Kenntnis zu geben. Wie der Ausgang dieses Prozesses zeigt, können unsere Gewerkschaftsblätter wirklich nicht stolz auf ihre internationalen Beziehungen sein.

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 6 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Romsche Tiraden. — Der Parteitag vom Rom. Von Oda Dierig (Rom). — Ist der neue Bundesrat ein Fortschritt oder nicht? Von H. Bachhaus. — Nochmals der neue Bundesrat. Eine Entgegnung von R. Kautsky. — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Heinrich Laube's ausgewählte Werke in zehn Bänden. Von Hermann Wendel. — Notizen: Nochmals die Internationale über die Gewerkschaften. Von H. Schlüter-New York.

Von der „**Neuen Gesellschaft**“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Rith Braun (Verlag: Berlin-Schöneberg). Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1.20. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert. Ist das 7. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glosse: Ein neues Lied, ein besseres Lied. — Gedichte, daß Du ein Preuss bist. — Auf der Hintertreppe. — Gedichte Schwarzer. — Reichstag. August Müller: Die preussische Landesorganisation. Paul Göhre: Bürgerliche und proletarische Kunst. Wissenschaft und Erziehung. — Karl Reuther: Frau Rieths Gewerbe. — F. Sandmann: Strauß II.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Mannheim. Die Verhandlungen haben in allen Kreisen der Arbeiterchaft das lebhafteste Interesse geweckt und sind die letzten Debatten über den „politischen Waffenstillstand“, sowie die sich daran knüpfenden Debatten von außerordentlicher Wichtigkeit für jeden Parteigenossen. Lebhaftestes Interesse beanspruchten auch für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Debatten über „Lokal-“ oder „Zentral“-Gewerkschafts-Organisationen. Das Protokoll enthält ferner die Verhandlungen über: Der internationale Kongress 1907. — Sozialdemokratie und Volkserziehung. — Strafrecht, Strafprozess und Strafverfolgung, ferner die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, sowie die Verhandlungen der 4. Frauenkonferenz. Das 488 Seiten starke Protokoll kostet broschiert M. 1, in braunem Pappeband kartoniert M. 1,25, in dauerhaftem Leinenband M. 1,60.

„**Blut und Eisen**“, Seite 1 bis 5 behandeln die folgenden Kapitel: „Die Regierung.“ — „Die feministischen Wanderungen.“ — „Das Volk Israel und Jakob.“ — „Ägypter, Babylonier und Perser.“ — „Der alte Orient zur See.“ Jedes Heft ist reich illustriert mit Bildern aus der Kriegsgeschichte des Altertums, mit Abbildungen von Krieger und Waffen usw. Der Preis pro Heft beträgt 20 Pf. (in Österreich 24 Heller), und empfehlen wir die Hefte unseren Lesern zum Abonnement.

„**Kommunale Praxis**.“ Wochenschrift für Kommunalpolitisch und Gemeindefortschritt, Herausgeber Dr. Albert Gubelmann-Berlin. Verlag: Paul Singer-Berlin. Die Gegner des Kommunalfortschritts suchen in den jetzt überall umbrachten Gemeindefortschritten die Niederlage der Sozialdemokratie bei den Erstwahlen zum Gemeinderat von Milhausen im Blick nach allen Regeln der Kunst auszunutzen. In Wirklichkeit sind die Vorgänge in Milhausen keineswegs geeignet, dem Kommunalfortschritt irgendeinen Abbruch zu tun; von vornherein war die Sozialdemokratie in jener Gegend nicht verbunden aller ihrer Gegner nicht gewachsen, sie konnte die Mehrheit im Gemeinderat vielmehr nur durch eine geschickte Benutzung der Zweiparitätigkeiten im Bürgeramt erlangen. Die wenigen Jahre, in denen die Sozialdemokratie auf dem

Milhausen in Milhausen die Mehrheit besaß, sind trefflich ausgenutzt worden: die Sozialdemokratie raumte mit der bisher von Parteifortschritten und Gemeindefortschritten beherrschten Wirtschaft auf und trieb eine planmäßige soziale Kommunalpolitik. Die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten wurden verbessert, neue Schulhäuser errichtet, für Arbeitslose Kostbarkeiten geschaffen, Arbeiterwohnhäuser gebaut, das Elektrizitätswert aus Privatbesitz in die Hände der Stadtgemeinde übergeführt, Waldschulen errichtet usw. In einem interessanten Überblick über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in Milhausen, den wir in der uns fohenden Nummer 45 der „Kommunalen Praxis“ finden, wird die Summe der Tätigkeit ihrer Parteigenossen in Milhausen gezogen. Man kann von ihr sagen: „Sie darf sich sehen lassen.“ Da in den Erörterungen aus Anlaß der überall jetzt bevorstehenden Gemeindefortschritte oftmals auf diese Verhältnisse hingewiesen werden wird, so empfehlen wir allen Interessierten dringend, sich durch ein Abonnement auf die „Kommunale Praxis“ dauernd über die Fortschritte des Gemeindefortschritts auf dem Laufenden zu erhalten. — Brochurern der Zeitschrift sind ganz kostenlos jederzeit vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W 10, zu erhalten.

Die „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 28 des 16. Jahrganges. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühr 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf., Jahresabonnement M. 2,60.

„**In freien Stunden**“, Heft 44. Der letzte, stief empfundene Roman „Der Defektor“ von R. Buchanan hat mit dem 43. Heft abgeschlossen. In dem jetzt vorliegenden Heft beginnt ein Roman von Madam Wigot, betitelt „Zwei Welten“. Daneben enthält das Heft die Fortsetzung der Erzählung „Walpurgis“ sowie ein kleines Feuilleton. Der Preis pro Heft beträgt 10 Pf. (resp. 12 Heller). Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jeder Kolporteur, die Post sowie auch der Verlag: Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW 68, entgegen.

Der „**Wahre Jacob**“, Nr. 23 des 23. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt haben wir hervor die beiden farbigen Bilder: „Zur Gründung des Reichstags“ und „Agrarischer Kongress“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

* Die Nummer 47 des „Grundstein“ muß des Vortages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bzw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzugeben, daß sie spätestens am Montag Nachmittag in unsere Hände gelangen.

Thiergarten, Fr. A. Sogenannte Ehrenerkennungen nehmen wir nicht auf. Diese können nur in einer Versammlungsbericht aufgenommen finden, nachdem sie in einer Versammlung abgegeben worden sind.

Hamm i. W., Joh. R. Die Aufnahme des Berichtes müssen wir ablehnen. Warum schiden Sie den Bericht nicht an Ihr eigenes Organ?

Hamborn, W. G. Das ganze Schreiben ist zu unschlüssig, wir können es darum nicht verwerten.

Berichte wurden abgelehnt aus Dahlen i. S., Nebra und Großhildingen.

Daberow, R. Schröder. In der Beurteilung des Verhaltens der Mitglieder der Zahlstelle Golden sind wir mit Dir einig. Dein Recht wird Dir werden. Von der Veröffentlichung Deiner Aufschrift nehmen wir aber aus taktischen Gründen Abstand.

100 C. G. Die höchste Instanz in Arbeitervereinsangelegenheiten ist das Reichsvereinsratsamt, nicht Reichsgericht; wer hier mit seinen Ansprüchen abgewiesen wird, kann eine höhere Instanz nicht mehr anrufen.

Stendal. Die Angaben über Auszahlung der Reiseunterstützung nehmen wir auch in diesem Jahre nicht auf, denn sie sind völlig zwecklos. Die reisenden Kollegen können sich die vielen Angaben doch nicht merken. Gängig ist ein Platzat im Verkehrslokal auf, wo diese Angaben drauf enthalten sind, das ist besser als die Bekanntgabe durch den „Grundstein“.

Anzeigen.

[M. 1,20] Gliesen-Wetzlar.

Die Adresse des Vorstehenden ist: Adam Schleferstein in Krosdorf bei Gießen, Röhreimerstraße.

Frankfurt a. M.

Unter Verbandsbureau befindet sich jetzt: Allerheiligenstraße 51, 3. Et., 1. u. 2. (Neuer Teil des Gewerkschaftshauses.) [M. 1,50] Der Zweigvereinsauschuss.

Aufforderung.

Die Kollegen Georg Badenbaum, geboren 1884 zu Muldorf bei Gießen, Verh.-Nr. 111 851, und Wilhelm Ritter, geboren zu Hunsdorf, Verh.-Nr. 110 564, und dessen Bruder, der Bauarbeiter Edward Ritter, werden ersucht, ihre Adresse an den Kassierer E. Borchardt in Milhausen einzufenden, damit ihnen ihr Lohn von Karl Holmann zugesandt werden kann. [M. 2,70]

Aufruf!

Wer den Aufenthalt des Kollegen Josef Heilmann, Verh.-Nr. 22 876, geboren am 29. März 1878 zu Salzbach bei Bad Rippingen (Baden), kennt, wird ersucht, Mitteilung an den Zweigvereinsauschuss, Allerheiligenstr. 51, 3. Et., gelangen zu lassen. [M. 2,10]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Hefte kosten 15 Pf.)

Berlin. Am 8. November starb unter Mitglie Herm. Hamann im Alter von 48 Jahren an den Folgen eines erlittenen Unfalls. — (Sektion der Arbeiter.) Am 9. November starb unter Mitglie Herm. Rossmann im Alter von 61 Jahren an Herz-Kreislauferkrankung.

Dresden. Am 9. November verunglückte unser treuer Verbandskollege Wilhelm Rodenhausen aus Königsbach im Alter von 48 Jahren indem ein Grabstein auf ihn fiel und er als Folge darunter hervorgeworfen wurde.

Dresden. Am 4. November starb nach langem Leiden unter langjähriges Mitglie, der Kollege Karl Rastoff, im Alter von 86 Jahren an der Prostatierkrankheit.

Silbesheim. Am 23. Oktober starb unser treuer Kollege G. Kergmann im Alter von 57 Jahren an einem Herzklappenfehler. — Am 6. November starb unser Kollege Karl Müller im Alter von 66 Jahren infolge eines Unfalls.

Wiesbaden. Am 6. November starb nach längerer Krankheit unser treuer Verbandskollege Karl Hoffmann im Alter von 39 Jahren an Magenkrebs.

Schwabach. Am 28. Oktober starb unser treuer Kollege Joh. Lotzner. — Am 10. November starb unser langjähriger treuer Kollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins Adam Fink infolge eines Augenleidens im Alter von 43 Jahren.

Wiesbaden i. d. Mark. Am 7. November starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Verbandskollege Gottlieb Reimann an Rheumatismus und Herz-Kreislauferkrankung im Alter von 66 Jahren.

Witzburg-Verbach. Am 3. November starb unser Verbandskollege Franz Baumann im Alter von 62 Jahren an Augenkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Fremde Maurer zu Hannover.

Das Lokal der fremden Maurer befindet sich Große Mehlendstr. 2. [M. 1,50] Die fremden Maurer zu Hannover.

Herne-Recklinghausen.

Die Versprechungen im Bureau sind bis auf weiteres wie folgt festgelegt: Wochentags Abends von 6½ bis 8½ Uhr, Sonntags von 10 bis 12 Uhr. In dieser Zeit wird auch vom 1. Dezember an Reiseunterstützung ausgezahlt. [M. 2,10] Der Vorstand.

Merzenich.

Samstag, den 25. November:

Erstes Stiftungsfest.

Alle Kollegen sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 18. November.

Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Anker“ (Anna Wöge). Wäcker mitbringen.

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr im „Schloßkeller“. Wäcker mitbringen.

Grosswig. Nachm. 3 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im „Königlichen Hofe“. Z.-D.: Berichtsjahres über ein Vergnügen. Wahl eines Schriftführers. Berichtsjahres.

Lucka i. S. Nachm. 3 Uhr. Referent ist anwesend. Wäcker mitbringen.

Lychen. Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Wolf.

Wiesenburg i. d. Mark. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Referent anwesend.

Montag, den 19. November.

Berlin. (Westf. Wobitz.) Abends 8 Uhr bei G. Peters, Wilsenstr. 24. Z.-D.: Vortrag. Berichtsjahres von der Vertreterversammlung. (Westf. Rorben i. L.) Abends 8 Uhr bei Bernau. Schiedsrichter. 23/24.

(Westf. Wobitz.) Abends 8 Uhr bei Wilschrodt, Wilschrodtstr. 2. Vortrag des Gen. Störmer über: „Richt, Staat und Schule.“ (Westf. Rorben i. L.) Abends 7½ Uhr bei Dörbe, Neue Königsstr. 7.

Dienstag, den 20. November.

Berlin. (Westf. Guben.) Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im „Märkischen Hof“. Wilschrodtstr. 18 a. Z.-D.: Vortrag des Gen. Störmer über: „Richt, Schule und Arbeiter.“

Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 23. November.

Berlin. (Westf. Guben.) Abends 8½ Uhr bei Graumann, Rainm. 47. Vortrag. Wichtige Verbandsangelegenheiten.

Samstag, den 25. November.

Bleekede. Nachm. 3 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Wäcker sind mitzubringen.

Isstedt. Nachm. 4 Uhr. Z.-D.: Die Lohnfrage. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Lochau. Nachm. 3 Uhr beim Kassierer Friedrichs, Stadt.

Nieder-Ingelheim. Im Lokale von August Schweitzer.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Samstag, den 18. November.

Neuzelle. Nachm. 3 Uhr.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Ruer & Co. in Hamburg.